

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1.60**. Monatlich **55** Stg. Postzustellungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum **15** Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10** Pfg., auswärtige Anzeigen **20** Pfg. Zusätze für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 278.

Freitag, den 28. November 1902.

9. Jahrgang.

Stern der Zeitung.

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, 26. November.

Aus dem Reichstag. Am Mittwoch war das Bild, das die Reichstagsverhandlungen boten, ein wenig abwechslungsreicher als am Tage zuvor. Die Mehrheitsparteien konnten ihre seit langem mit solcher Hartnäckigkeit verfolgte Todtschweigekampagne nicht mehr mit derselben Konsequenz fortsetzen; ihre Vertreter waren genöthigt, sich zu äußern. Es war herzlich wenig, was sie sagten; aber es war sehr interessant. Die Wandlungsfähigkeit der Nationalliberalen und mehr noch die ihrer alten Feinde und jetzigen Freunde, der Ultramontanen, rückte wieder einmal in die hellste Beleuchtung. Zwar in der ersten Hälfte der Mittwochsitzung blieb das Bild der vorigen Tage unverändert. Zu dem von unserer Fraktion beantragten § 11f — Aufhebung der Bälle bei der Erreichung eines Preismaximums — sprachen die Genossen **Mollenbuhr** und **Stadthagen**; die Mehrheit incl. der Nationalliberalen machte nicht einmal den Versuch einer Widerlegung der triftigen Gründe, die sie anführten; von der freisinnigen Volkspartei erklärte sich **Dr. Müller-Sagan** — provisorisch — gegen den Antrag. Natürlich stimmte die agrarisch-mercantil-nationalliberale Mehrheit mit den 2. St. bei ihr so beliebten rothen Verneinungsarten den Antrag nieder.

Nun wandte sich die Berathung zu dem letzten, aber wichtigen Paragraphen des Tarifgesetzes, dem § 12, der den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes festsetzt. Die Kommissionsfassung bestimmt als Termin den 1. Januar 1905. Dagegen beantragte der national-liberale **Dr. Baasche** die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, nach welcher der Termin des Inkrafttretens durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths bestimmt werden soll. Von unserer Seite waren zwei Anträge eingebracht: ein Prinzipal- und ein Eventualantrag. Der Prinzipalanspruch wollte den Termin durch ein besonderes Gesetz bestimmen; der Eventualantrag deckte sich mit dem Antrag **Baasche**. — In der Debatte theilten sich die Vertreter aller größeren Gruppen mit Ausnahme des in der letzten Zeit beinahe ganz schweigsam gewordenen Rechten Anhangs und der Reichspartei. Herr **v. Kardorff** wollte zwar das Wort ergreifen, verzichtete aber nach einer Konferenz mit seinen Parteifreunden darauf, diesen Vortrag auszuführen. **Gothein** von der freisinnigen Vereinigung empfahl mit guten Gründen die Verlängerung der jetzigen Handelsverträge als den besten Ausweg aus diesem Zolllabirinth; Herr **Baasche** erzählte von dem Wankelmuth gewisser Großindustrieller, denen das Geld leid thue, das sie in die Kasse des Handelsvertragsvereins gezahlt haben, empfahl im Uebrigen seinen Antrag und stellte sich unter ungehörter Heiterkeit der Linken als Arbeiterfreund vor. **Stadthagen** wies auf die interessante Thatsache hin, daß die Nationalliberalen jetzt selbst Anträge aufnehmen, die in der Kommission von Sozialdemokraten aufgestellt und dorthin von der Mehrheit inkl. derer um **Baasche** abgelehnt wurden; außerdem geistelte er die Saalkluft der Mehrheit und meinte heizend, Herr **Spahn** möge doch durch Herrn **Nichols** einen Antrag einbringen lassen, im Restaurant einen Phonographen aufstellen zu lassen. **Graf Limburg-Sinim** trat für die Kommissionsfassung ein und bekräftigte unter erneuter Verflüchtung des „Caprivismus“ die selbst von **Baasche** vertretene Behauptung, daß die Rechte im Grunde ihres Herzens gegen Handelsverträge ist. **Dr. Spahn** vom Centrum theilte mit der gleichgültigsten Miene von der Welt den Umfall seiner Partei mit, als ob es sich um die selbstverständliche Sache auf der Welt handle: das Centrum ist ja nun nachgerade gewohnt, heute zu verbrennen, was es gestern angebetet hatte. **Schrader** und **Gothein** bekämpften noch einmal die Kommissionsfassung, die inzwischen **Graf Poldowski** mit trocknen, kurzen Worten als gänzlich unannehmbar erklärt hatte. — Nach der Erklärung des Kompromissvaters **Spahn** konnte das Resultat der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft sein. Zwar der Prinzipalanspruch unserer Fraktion fiel mit 290 gegen 46 Stimmen; aber der mit unserem Eventualantrag identische Antrag **Baasche** gelangte mit großer Mehrheit — 196 weiche gegen 76 rote Stimm — zur Annahme. Dafür stimmte die ganze Linke incl. der Nationalliberalen, das Centrum mit Ausnahme des vorläufig noch frondirenden bayerischen Flügels, ein Theil der Reichspartei unter **Kardorff** und dem Schlussmacher **v. Tiedemann**, sowie die Reichsanzwältersöhne **Bismarck** und **Hohenlohe**. Die Minderheit setzte sich aus Bündlern, Konservativen, Centrumsbayern u. s. w., sowie aus einem von **Gamp**, **Graf Arnim**, **Dr. Arendt** geführten fliegenden Korps von Reichsparteilern zusammen. — Das Tarifgesetz mit Ausnahme des auf den Tarif Bezug nehmenden Absatz 1 des § 1 ist somit in zweiter Lesung angenommen. Als nun der Berichtstatter **Speck** vom Centrum sich auf der Rednerbühne in Possitur setzte, um über die zahlreichen Petitionen zu berichten, da verließen die Centrumshauptlinge **Gröber** und **Spahn** über die Bundesratsstränge den Reichstagsaal, um sich zu dem **Verständigungsausschuß** zu begeben, wo sie gewiß reichere Anregung erhoffen, als ihnen die Ausführungen ihres Par-

teigenossen bieten konnten. Als sie an den sozialdemokratischen Bänken vorüberkamen, erscholl unter großer Heiterkeit von dort der Ruf: „Sie gehen zum Mogen!“ Herr **Dr. Spahn** verbeugte sich lächelnd, was natürlich erneute Heiterkeit hervorrief.

Man glaubte allgemein, daß die Sitzung mit dem Bericht des Herrn **Speck** zu Ende sein werde. Aber es kam anders. **Abg. Gothein** verlangte, daß über die Tagesordnung der nächsten Sitzung neben dem Zolltarif gleich die Petitionen zu den einzelnen Tarifpositionen gesetzt werden sollten; sehr richtig bemerkte er, daß im anderen Falle das Petitionsrecht des Volkes ganz illusorisch gemacht würde, da ja die Behandlung der Petitionen nach Schluß der zweiten Berathung ihnen jeden Einfluß auf die Abstimmung nimmt. **Gotheins** Parteigenosse **Dr. Barth** unterstützte ihn recht energisch, mit ganz besonderem Nachdruck aber nahm unsere Fraktion, vertreten durch **Singer** und **Stadthagen**, sich des mißhandelten Petitionsrechts an. Für die Mehrheit sprach unter Entfaltung geradezu „almudischer“, wie die Antijemiten jagen würden, Spitzfindigkeit, **Dr. Dagem**, vom Centrum und der Reichsparteiler **Gamp**, der Petitionen schon kennt, ehe er sie gelesen hat. Die eugendlichen Bodenkrümpfer der sogenannten Volkspartei schwiegen sich wieder aus. Zu einer Beschlusfassung kam es nicht. Auf Antrag **Herold** wurde die Donnerstagsitzung auf 2 Uhr anberaumt mit der Tagesordnung: Berathung des Zolltarifs.

23. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: **Graf Poldowski**, **Fehr**, **v. Thielmann**.

Die zweite Berathung des Zolltarifgesetzes wird fortgesetzt.

**Mollenbuhr** beantragt als § 11f eine Bestimmung in das Gesetz einzufügen, wonach die Bälle für Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Hülsenfrüchte, Lupinen, Mais und Mais anzuhoben sind, wenn der Preis pro Tonne für Weizen 215 Mk., für Roggen 165 Mk., für Hafer 155 Mk., für Gerste 155 Mk., für Hülsenfrüchte 155 Mk., für Lupinen 80 Mk., für Mais 175 Mk. und für Mais 155 Mk. beträgt.

**Mollenbuhr** (SD.) begründet den Antrag mit einem Hinweis auf den Antrag **Kanis**, wo die Herren **Graf Kanis**, **Schwerin-Löwisch** sich gegen die Tendenz der Schutzzölle, die Getreidepreise ins Ungemessene zu steigern, erklärt hätten. Leider ständen die Herren aber jetzt auf einem andern Standpunkte und ließen sich die höchsten Getreidepreise gern gefallen. Die Festsetzung einer Maximumgrenze sei deshalb notwendig, denn nicht nur an den Vortheil des Großgrundbesitzers, sondern auch an die Ernährung des Volkes müsse gedacht werden. Der Antrag bezwecke Vorbeugung für die Zeiten einer Theuerung oder Hungersnoth, und wer diese Vorbeugung treffen wolle, müsse auch unbedingt für ihn eintreten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Dr. Müller-Sagan** (SP.): Die Tendenz des Antrages ist uns insofern sympathisch, aber in der Aufstellung der Preisliste können wir der Autorität des Grafen **Kanis** nicht folgen, wie die Antragsteller. Wir werden deshalb in zweiter Lesung gegen den Antrag in dritter Lesung aber für denselben stimmen, falls bis dahin seine Mängel beseitigt sind.

**Stadthagen** (SD.): Wir berufen uns nicht auf die Autorität des Grafen **Kanis**, aber wir wollen, daß die Herren, die 1. St. den Antrag **Kanis** unterschrieben haben, hier zeigen, ob es ihnen Ernst damit war. Die Preisliste haben wir übernommen, weil die Agrarier es damals selbst für ein nationales Unglück erklärt haben, wenn bei diesen Preisen die Bälle weiter bestünden. Die Haltung des Herrn **Dr. Müller-Sagan** wird im Lande nicht verstanden werden. Für einen insofern sympathischen Antrag stimmt man doch oder hilft ihn verbessern. Die Rechte diskutirt gar nicht mehr sachlich mit uns, sondern ist aus der Dessenlichkeit geblüht, um in kleinen Zirkeln die Verständigungssaktion zu bereiben. Uns kann das natürlich nicht hindern, unsere Pflicht weiter zu thun. (Bravo! bei den Soz.)

Der Antrag **Mollenbuhr** wird in namentlicher Abstimmung mit 192 gegen 41 Stimmen abgelehnt.

Weitere sozialdemokratische Anträge zu § 11 liegen nicht mehr vor.

§ 12 bestimmt in der Kommissionsfassung, daß das Zolltarifgesetz an einem durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths festzusetzenden Tage, spätestens am 1. Januar 1905, in Kraft tritt.

**Abg. Dr. Baasche** (NL.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die keinen Termin für das späteste Inkrafttreten des Gesetzes enthält.

Ein sozialdemokratischer Eventualantrag deckt sich mit diesem Antrage.

Prinzipiell beantragen die Sozialdemokraten folgende Fassung des § 12: „Der Zeitpunkt, mit dem das Gesetz in Kraft tritt, wird durch ein besonderes Gesetz bestimmt.“

**Gothein** (SP.): Wenn die Kommissionsfassung angenommen wird, so könnte nach Kündigung der Handelsverträge leicht ein vertragsloser Zustand eintreten. Den von der Kommission festgesetzten Termin des Inkrafttretens können andere Staaten leicht ausnutzen, um die Verhandlungen künstlich zu verzögern und unsere Regierung zu nöthigen, im letzten Augenblick Zugeständnisse zu machen. In industriellen Kreisen besteht ja vielfach die Suggestion, der Abschluß von Handelsverträgen auf Grund des vorliegenden Tarifs sei so gut wie gesichert. In Wirk-

lichkeit besteht eine so große Unsicherheit, daß ich mich an die Worte eines Liebhabers erinnern möchte, der auf die Frage: „Wie weit bist Du mit Deinem Mädchen?“ antwortete: „Wir sind halb einig. Ich will!“ (Gr. Heiterkeit.) Mit einer solchen halben Einigkeit ist uns nicht geholfen, es gehört die Einigkeit auf beiden Seiten dazu. Wir sehen ja hier, wie schwer es für Liebende ist, zusammen zu kommen, trotzdem doch bei der Verständigungssaktion auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden ist. Nun, wie viel schwerer wird es sein, zu günstigen Handelsverträgen zu kommen, zumal ja hinter den Regierungen noch die Parlamente stehen, und die Konservativen in der „Deutschen Tageszeitung“ erklärt haben, Handelsverträge auf’s Aeußerste bekämpfen zu wollen, falls sie ihren Interessen nicht entsprechen. Der Reichsanzwältler hat stets nur gesagt, er glaube, mit den Sägen der Regierungsvorlage noch das Ziel der Handelsverträge erreichen zu können. Der Glaube des Herrn Reichsanzwältlers ist aber doch etwas sehr Individuelles; mit dem Glauben allein kann man auf politischem Gebiete nichts ausrichten. Die langfristige Verlängerung der Handelsverträge würde evtl. sehr im Interesse der Industrie liegen, wenn auch dieser Gedanke in der nationalliberalen Presse mit Spott und Hohn überschüttet worden ist. Nach offiziellen Quellen scheint der Reichsanzwältler selbst diesem Gedanken nicht so durchaus abhold zu sein. In der That würde es der einzige Ausweg sein für den Fall, daß der Tarif scheitert. Der Reichstag würde einer Verlängerung durchaus zustimmen, wenn die Regierung festbleibt; wurde doch auch die Zuderkonvention ganz wider Erwarten unserer hochwürdigen Staatsmänner mit beträchtlicher Majorität angenommen. (Bravo! links.)

**Baasche** (NL.): Im Gegensatz zu Herrn **Gothein** sind wir davon überzeugt, daß dieser Reichstag die einfache Verlängerung der Handelsverträge nicht annehmen würde, und die Zusammenfassung des nächsten Reichstags dürfte kaum sehr verschieden von der des jetzigen sein. (Heftiger Widerspruch links.) Wir werden täglich von Industriellen bekräftigt, diesen, wie Herr **Gothein** sagt, hochschützöllnerischen Tarif anzunehmen. Ja, es geschieht Zeichen und Wunder! Wir haben verschiedene Industrielle ihr Bedauern ausgesprochen, für den Handelsvertragsverein Geld weggenommen zu haben. (Andauernde Unruhe links.) Wir bekämpfen den Kommissionsbeschluß aus verfassungsrechtlichen Gründen, weil er in die Rechte des Kaisers eingreift, und zum anderen, weil die äußerste Rechte leider den Wunsch hat, Handelsverträge zu vereiteln und den autonomen Tarif Gesetz werden zu lassen. (Hört! hört! links.) Daher halten wir die Fassung der Regierungsvorlage für das Beste. (Beifall bei den Natl.)

**Stadthagen** (SD.): Herr **Baasche** legt wider Willen Zeugniß für die Richtigkeit unserer Anschauungen ab, indem er hier Anträge einbringt, die, als wir sie in der Kommission stellten, von den Nationalliberalen abgelehnt wurden. Ich danke Herrn **Baasche** ferner von Herzen für das werthvolle Zugeständniß, daß dieser Tarif, wenn er als autonomer Tarif in Kraft tritt, den Ruin Deutschlands bedeuten würde. Der Frage: Handelsverträge oder nicht? hängt aufs engste mit der Gestaltung des § 12 zusammen. Handelsverträge bedeuten einen Ausgleich von Interessen, der allerdings durch das System der Schutzzölle außerordentlich erschwert wird. Nach Herrn **Baasche** wünscht die Mehrheit dieses Hauses Handelsverträge unter Zugrundelegung dieses vorliegenden Tarifs. Er sprach von der Verschiebung der Ansichten bei einzelnen Großindustriellen, die ihre an den Handelsvertragsverein gezahlten Gelder bedauern — hoffentlich hat er sich die Adressen der Herren notirt und sie dem Kassirer der nationalliberalen Partei mitgetheilt. (Heiter.) Die Arbeiter haben jedenfalls ihre Anschauungen über die Gemeinwohllichkeit des Tarifs nicht geändert. Die erwähnten Großindustriellen mögen Angst haben: Angstlichkeit ist ja überhaupt das kennzeichnende Merkmal der gegenwärtigen Situation; die Industriellen haben Angst vor den Landwirthen, die Konservativen vor den Bündlern, das Centrum hat Angst vor den Konservativen und Bauernbündlern und die ganze Mehrheit hat, wie ihre Saalkluft beweist, Angst davor, durch unsere Gründe überzeugt zu werden. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Die „Konservative Korrespondenz“ hat gerathen, die sozialdemokratischen Anträge höchstens in der allerknappsten Form mitzutheilen. Das ist bezeichnend: Früher wollten uns die Konservativen — außerhalb des Hauses natürlich — todtschlagen; jetzt wollen sie uns mundtodtschlagen. (Heiterkeit.) Herr **Baasche** trägt seine Bedenken gegen die Kommissionsfassung wesentlich auf § 11 der Verfassung, der dem Kaiser allein das Recht, Handelsverträge abzuschließen, zuspricht. Dieser Paragraph wird noch vielmehr durch die Einfügung von Minimalsätzen in das Tarifgesetz verletzt. Wir beantragen, daß über das Inkrafttreten des Tarifs durch ein besonderes Gesetz entschieden wird. Wir müssen den Konservativen selbst Zeit geben, sich über den Inhalt des Tarifs näher zu unterrichten: hat doch erst neulich ein Generallandschaftsdirektor in Breslau von dem 5 Mk.-Boll der Caprivischen Handelsverträge gesprochen! Wir wollen, daß der Zolltarif nicht eher in Kraft tritt, bis die Erhöhung der Beamtengehälter, die Steigerung der Arbeiterlöhne dem Volke die fürchterliche Last, die ihm aufgebürdet ist, wenigstens einigermaßen erträglicher gemacht hat. Auch die Rücksicht auf unsere Wähler bewegt uns zur Einbringung unseres Prinzipalanspruchs. Die Mehrheit der Wähler ist gegen den Zolltarif; nur die Wahlkreisgeometrie verhindert, daß ihr Willen hier im Hause rein zum Aus-

brud gelangt. Wer für Handelsverträge ist, der muß mindestens unseren mit dem Antrag Paasche wessensgleichen Eventualantrag annehmen. Es ist übrigens recht bezeichnend, daß die große Mehrheit dieses Hauses dieser wichtigen Materie nicht einmal sozial Interesse schenkt, um hier im Saale anwesend zu sein. Vielleicht beantragt Herr Spahn Aufstellung eines Phonographen im Restaurant, damit die Herren wenigstens dort unsere Gründe vernehmen. Jedenfalls bitte ich die hier anwesenden Abgeordneten, ihre draußen befindlichen Freunde mindestens zur Annahme unseres Eventualantrags zu bewegen. (Bravo! h. d. Soz.)

Schrader (Soz.): Ich denke, daß der Kommissionsantrag keine Mehrheit finden wird. Haben doch verschiedene Herren von der Mehrheit ihre Wortmeldung zurückgezogen! Sie haben sich also jedenfalls von den Ausführungen des Herrn Paasche überzeugen lassen. Herr Paasche hat sich auf einige Großindustrielle im Handelsvertragsverein berufen, die sich erst gegen, und jetzt nach kaum einem Jahr für den Regierungsentwurf erklärt haben. Mit solchen Herren können wir natürlich nicht rechnen. (Sehr richtig links.) Die große Mehrheit der Industriellen ist stets ein entschiedener Gegner dieses Zolltariffs gewesen. Ich bitte dringend um Annahme des Antrags Paasche. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich habe schon in der Kommission ausgeführt, daß die verbündeten Regierungen eine Bestimmung, die das Inkrafttreten des Gesetzes an einen bestimmten Termin bindet, nicht annehmen können. Ich bitte deshalb dringend um Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Graf Limburg-Sturum (K.): Mit einigem Bedauern habe ich die Erklärungen der freisinnigen Herren über die dissentierenden Industriellen des Handelsvertragsvereins gehört. Meine politischen Freunde sind der Meinung, daß beim § 12 der Kommissionsbeschlüsse das Richtige trifft. Die bestehenden Handelsverträge müssen auf das schärfste bekämpft und sobald wie möglich aus der Welt geschafft werden. (Hört, hört! links) Sie können und sollen durch neue ersetzt werden. Die handelspolitische Lage Deutschlands ist so, daß Deutschland von seinen Kontrahenten gute Handelsverträge erzwingen kann. (Große Unruhe links.) Zu unserer großen Freude hat Graf Bülow im Gegensatz zum Grafen Caprivi erklärt, daß er eine Vermengung politischer und handelspolitischer Erwägungen nicht gestatte. Wenn wir einen Termin in § 12 festsetzen, stürzen wir die Stellung der Regierung. Besser als schlechte Handelsverträge ist ein Zustand der Vertragslosigkeit. Wir sollen heute, wenn wir Handelsverträge wollen, keinen Zweifel darüber lassen, daß man sich event. auch vor einem Zolltarife nicht scheut. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich bitte um Annahme des Kommissionsbeschlusses. (Beifall rechts.)

Dr. Spahn (Z.): Meine Parteifreunde sind nach eingehender Beratung zu dem Entschluß gekommen, den Kommissionsbeschlüsse fallen zu lassen. (Bewegung links.) Unser Beschluß ist gefaßt, bevor die heutige Erklärung des Grafen Posadowsky erfolgte. Nachdem aber diese Erklärung erfolgt ist, haben wir von unserem Standpunkt aus um so mehr ein Interesse daran, an unserem Beschluß festzuhalten, weil, wenn der Zolltarif scheitert, wir weniger Aussicht hätten, Handelsverträge auf Grundlage der beschlossenen Zolltarifhöhen zu bekommen. (Bravo! im Zentrum.)

Gothein (Soz.) volemisiert gegen die Abgg. Dr. Paasche und Graf Limburg-Sturum wegen ihrer Ausführungen über den Handelsvertragsverein.

Damit schließt die Diskussion.  
Der sozialdemokratische Prinzipal-Antrag wird mit 20 gegen 46 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Paasche wird mit 196 gegen 21 Stimmen angenommen. Dafür stimmen die Sozialdemokraten, Freisinnigen, Nationalliberalen, das Zentrum, mit Ausnahme des bayerischen Flügels, ein Teil der Reichspartei, darunter die Abgg. v. Kardorff und v. Tiedemann, ( dagegen Linunen u. A. die Reichsparteiler Graf Arnim, Gamp, Dr. Arendt und Dr. Ewaldmann.) Für den Antrag Linunen auch Abg. Fürst Bismarck (wildton.) und Abg. Prinz Hohenlohe (wildton.)

Darauf wird der ganze § 12 in einfacher Abstimmung angenommen.

Einleitung und Ueberschrift des Zolltarifgesetzes werden debattelos angenommen.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Debatte über die Petitionen zum Zolltarifgesetz.

Singer (Soz.) zur Geschäftsordnung: Wir haben noch nicht abgestimmt über Art. I des § 1 des Zolltarifgesetzes. Ich weiß nicht, ob der Herr Präsident geneigt ist, diese Abstimmung jetzt vorzunehmen.

Präsident Graf Ballestrem: Diese Abstimmung haben wir damals ausgeführt, weil man das Schicksal des Zolltarifs, auf den dieser Abzug Bezug nimmt, noch gar nicht kannte. In derselben Lage befinden wir uns noch jetzt.

Singer (Soz.): Ich bin durch diese Erklärung beunruhigt. Ich war nur der Meinung, daß die Abstimmung über Einleitung und Ueberschrift erst am Ende der Beratung des ganzen Gesetzes erfolgen könnte. (Lachen rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Das ist nirgends bestimmt. Einleitung und Ueberschrift sind ein Teil des Gesetzes wie jeder andere und die Abstimmung darüber kann zu jeder Zeit vorgenommen werden. (Gr. Heiterkeit rechts u. i. Zentr.)

Kardorff erhebt

Svech (Z) den Bericht über die Petitionen zum Zolltarifgesetz. Man würde von ihm nicht verlangen, daß er über alle 1654 Petitionen einzeln berichtet. (Zuruf bei den Soz.: Doch! Kurz nachdem Abg. Svech sein Referat begonnen hat, verlassen die Abgg. Spahn und Schrader (Z), bewegt mit unangenehmen Miene, den Saal durch die auf der linken Seite nach den Bundesratskammern führende Thür. Als sie die Treppe bei den Sozialdemokraten passiren, wird ihnen laut zugerufen: Jetzt gehen sie wieder mogeln! (Große Heiterkeit.) Abg. Spahn macht, obwohl lächelnd, eine Verbeugung nach den Bänken der Sozialdemokraten, was erneute Heiterkeit hervorruft.) Abg. Svech schließt seinen Bericht mit der Empfehlung des Kommissionsantrags, die Petitionen durch die Beschlüsse des Hauses für erledigt zu erklären.

Gothein (Soz.): Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten bei der Ansetzung der Tagesordnung für morgen gleichfalls die gestellten Petitionen mit auf die Tagesordnung zu setzen. Das Petitionsrecht des Volkes wird vollständig illusorisch gemacht, wenn über die Petitionen erst berichtet wird, nachdem unsere parlamentarischen Beschlüsse gefaßt sind. (Zustimmung links.)

Präsident Graf Ballestrem: Wenn die Petitionen einen Einfluß auf die Abstimmung ausüben in der Lage sind, so kann das bei der dritten Beratung geschehen. Ich werde dem bisherigen Brauch des Hauses trenn bleiben, bis ein anderweitiger Beschluß des Hauses mit einem anderen Weg weilt.

Dr. Barth (Soz.): Wenn die Petitionen überhaupt

einen Sinn haben sollen, müssen sie an einer Stelle beraten werden, wo sie möglicherweise noch auf die Beschlüsse des Hauses einwirken können. Diese Stelle ist der Beginn der zweiten Lesung.

Gamp (Soz.): Für die Abgeordneten, die die regelmäßigen Petitionsverzeichnisse studirt haben, haben die Mittheilungen des Referenten nur einen sekundären Wert. Die Herren von der Linken bekunden nur, daß sie den Petitionen nicht die nöthige Aufmerksamkeit geschenkt haben. (Gr. Lärm links.)

Dr. Bachem (Z.): Herr Barth wendet sich gegen eine dauernd bewährte Praxis. Bei der Gründlichkeit, die Dr. Barth will, wird sich nie ein größeres Werk verabschieden lassen. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Allzu große Gründlichkeit ist der Tod jedes Erfolges. Draußen im Lande wird das Verfahren Dr. Barths als ein Obstruktionmittel aufgefaßt werden. Das Haus wird dem Präsidenten dankbar sein, daß er in keiner Weise von der bewährten Praxis abgewichen ist. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Singer (Soz.): Dieselben Parteien, die hier Gegner einer gründlichen Beratung sind, verstehen im Preussischen Abgeordnetenhaus sehr wohl gründlich zu beraten, wenn es sich um Gesetze handelt, die ihnen nicht in den Kram passen. Hier handelt es sich noch dazu um das Petitionsrecht des Volkes. Die Petenten haben bisher das Vertrauen — freilich, wie sich herausgestellt hat, das grundlose Vertrauen — gehabt, daß der Reichstag Werth auf Petitionen legt. Die Petitionen müssen hier öffentlich beraten werden. Der Berichterstatter brauchte nur zu sagen, wie viel Positionen für und gegen die Position eingelaufen sind und die Unterschritten zu nennen. Daß heute der Berichterstatter ausführlich berichtet hat, ist lediglich ein Erfolg der von Ihnen so genannten Obstruktion. Ich bitte also, dem Wunsche des Herrn Gothein stattzugeben.

Stadthagen (Soz.): In der Kommission ist der Fall eingetreten, daß ein Referent die Petition mit 3/4 Millionen Unterschritten gegen den Zolltarif ganz übersehen hat. Mein Freund Webel erkundigte sich darauf hin, ob denn die Petition beim Bureau noch nicht eingegangen sei und der Vorsitzende erklärte, er wisse auch nichts davon. (Heiterkeit links.) Ich konstatire also, daß man auf der rechten Seite des Hauses von den Petitionen nicht wußte. Die Flüchtigkeit, die Herr Bachem hier empfahl, ist von den Zollfreunden in der Kommission längst antizipirt worden. (Sehr gut! links.) Ich hätte einmal die Antwort hören mögen, die Herr Bachem vom Abg. Windthorst bekommen haben würde, wenn er zur Zeit des Kulturkampfes über die Petitionen gegen die Maigeetze dieselbe Rede wie heute gehalten hätte. (Sehr gut! links.) Es liegt ein besonderer Fall vor, so daß das Abweichen von der Gewohnheit gerechtfertigt erscheint. Wenn Herr Bachem sagt, allzuviel Gründlichkeit ist der Tod jedes Erfolges, so verstehe ich jetzt, warum er so ungründlich ist. (Heiterkeit) und neulich unwahre Behauptungen aus den Kommissionsverhandlungen hier aufgestellt hat. (Heiterkeit links.) Als Gegner der Gründlichkeit entzieht sich Herr Bachem mit seinen Füßen den gründlichen Verhandlungen d. h. er wird flüchtig. (Heiterkeit links.) Das Petitionsrecht muß von uns gewahrt werden; ich kann mich deshalb nur der Ansicht des Abg. Gothein anschließen. (Beifall links.)

Dr. Barth (Soz.): Ich vermag nicht einzusehen, wie man unseren Vorschlag als Obstruktion bezeichnen kann. Bei der bisherigen Praxis würden wir das Bergnügen haben, 2 Berichterstatter nacheinander über die Petitionen zu den einzelnen Theilen des Zolltarifs referiren zu hören. Diese Aussicht wird auch Dr. Bachem vielleicht eines Besseren belehren. (Lachen i. Zentr.)

Präsident Graf Ballestrem: Das Wort hat Abg. Dr. Bachem.

Dr. Bachem (Z): Ich verzichte! (Stürmisches Gelächter links. Zurufe: Das war das Beste, was Sie thun konnten!)

Damit schließt diese Diskussion.

Präsident Graf Ballestrem erteilt das Wort dem Abg. Schwerin-Löwis (K.) zur Berichterstattung über die Petitionen zu den bereits erledigten Positionen des Tarifs.

Dr. Barth (Soz.) zur Geschäftsordnung: Erhebt dagegen Widerspruch. Nach der bisherigen Praxis dürfte erst nach Schluß der Verhandlungen über den Zolltarif über die Petitionen berichtet werden.

Die Mehrheit des Hauses stimmt dem Verfahren des Präsidenten zu.

Graf Schwerin-Löwis (K.) berichtet kurz über die betreffenden Petitionen.

Darauf beschließt das Haus auf Antrag Dr. Bachem (Z), sich zu vertagen.

Präsident Graf Ballestrem beraumt die nächste Sitzung auf Donnerstag 1 Uhr an mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Herold (Z) beantragt als Sitzungsbeginn 2 Uhr.

Gothein (Soz.): Ich stelle den Antrag, zu den Positionen, die morgen zur Verhandlung kommen, die entsprechenden Petitionen mit auf die Tagesordnung zu setzen. Die bisherige Praxis ist ja schon heute durchbrochen worden. Eine Verlängerung der Verhandlungen wird durch meinen Antrag nicht herbeigeführt, weil wir uns ausdrücklich einverstanden erklärt haben mit der Form der Berichterstattung, wie sie seitens der Berichterstatter heute vorgenommen worden ist.

Präsident Graf Ballestrem: Die Petitionen stehen ohne Weiteres mit zur Beratung. Wenn einer sie heranziehen will, kann er das ja thun. Ich möchte einen formalisirten Antrag haben, sonst weiß ich nicht, wie ich darüber Beschluß fassen lassen soll.

Gothein (Soz.): Wenn die Petitionen mit zur Beratung stehen, so bin ich dadurch durchaus befriedigt und habe bloß den Wunsch, daß die Referenten vor der Beratung über die Petitionen berichten mögen.

Präsident Graf Ballestrem: Dazu kann ich sie nicht zwingen. (Stürmische Heiterkeit und Beifall rechts und im Zentrum.)

Das Haus beschließt entsprechend dem Antrag Herold, die morgige Sitzung um 2 Uhr beginnen zu lassen. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Wilhelm II. und Krupp. Bisher hatte sich Wilhelm II. in der Krupp-Affaire sehr neutral verhalten. Sogar in seinen Beileidsbesuchen an die Wittve und das Direktorium der Krupp'schen Werke hatte er sich, was doch sonst nicht gerade seine Art ist, Zurückhaltend und der Krupp kein Artikel mit keinem Sterbenswörtchen gedacht. Jedoch, was Wilhelm II. bisher unterlassen, hat er jetzt doppelt und dreifach wieder nachgeholt. Aus dem reichen Schatze der ihm zur Verfügung stehenden Entrüstungsworte hat er die kräftigsten hervorgeholt und sie zu einer Fanfare gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer verbildet. Als er von Essen abziehen wollte, wo er Mittwoch der Beisehung

der Leiche im Krupp'schen Familiengrabe beigewohnt hatte, versammelte er noch einmal im Wartesaal des Bahnhofes die Mitglieder des Direktoriums sowie die Vertreter der Arbeiter um sich und hielt ihnen eine seiner beliebtesten Ansprachen, und zwar in einem Entrüstungsstunde, wie wir ihn in solcher Schroffheit aus seinem Munde in den letzten Monaten nicht mehr gehört haben, obwohl doch alle Veranlassung vorgelegen hätte, erst den Ausgang des „Vorwärts“-Prozesses abzuwarten. Nachdem sich Wilhelm II. als „einen Freund des Berewigten und seines Hauses“ vorgestellt hatte, fuhr er, nach offiziöser Meldung, wörtlich fort:

„Die besonderen Umstände, welche das traurige Ereigniß begleiteten, sind mir zugleich Veranlassung gewesen, mich als Oberhaupt des Reiches hier einzufinden, um den Schild des Kaisers über dem Hause und dem Andenken des Verstorbenen zu halten. Wer den Heimgegangenen näher gekannt hat, wußte, mit welcher feinfühlig und empfindsamer Natur er begabt war und daß dies den einzigen Angriffspunkt bieten konnte, um ihn tödtlich zu treffen. Er ist ein Opfer seiner unantastbaren Integrität geworden. Eine That ist in deutschen Landen geschehen, so niederträchtig und gemein, daß sie aller Herzen erbeben gemacht und jedem deutschen Patrioten die Schamröthe auf die Wangen treiben mußte über die unserm ganzen Volke angehängte Schmach. Einem treudeutschen Manne, der stets nur für andere gelebt (???) der stets nur das Wohl des Vaterlandes (???) vor allem aber das seiner Arbeiter im Auge gehabt hat, hat man an seine Ehre gegriffen. Diese That mit ihren Folgen ist weiter nichts als Mord, denn es besteht kein Unterschied zwischen demjenigen, der den Gifttrank einem andern mischt und freuset und demjenigen, der aus dem sichern Versteck seines Redaktionsbureaus mit den vergifteten Pfeilen seiner Verleumdungen seinen Mitmenschen um seinen christlichen Namen bringt und ihn durch die hierdurch hervorgerufenen Seelenqualen tödtet. Wer war es, der diese Schandthat an unserem Freunde beging? Männer, die bisher als Deutsche gegolten haben, jetzt aber dieses Namens unwürdig sind, hervorgegangen aus eben der Klasse der deutschen Arbeiterbevölkerung, die Krupp so unendlich viel zu verdanken hat und von der Tausende in den Straßen Essens heute mit thränenfeuchten Blick dem Sarge ihres Wohltäters ein letztes Lebewohl zuwinkten. (Zu den Vertretern der Arbeiter gewendet): Ihr Krupp'schen Arbeiter habt immer treu zu Eurem Arbeitgeber gehalten und an ihm gehangen; die Dankbarkeit ist in Eurem Herzen nicht erloschen. Mit Stolz habe ich im Auslande überall durch Eurer Hände Werk den Namen unseres deutschen Vaterlandes verherrlicht gesehen. Männer, die Führer der deutschen Arbeiter sein wollen, haben Euch Euren theuren Herrn geraubt. An Euch ist es, die Ehre Eures Herrn zu schützen und zu wahren und sein Andenken vor Verunglimpfungen zu schützen. Ich vertraue darauf, daß Ihr die rechten Wege findet, der deutschen Arbeiterschaft fühlbar und klar zu machen, daß weiterhin eine Gemeinschaft oder Beziehungen zu den Urhebern dieser schändlichen That für brave und ehrerbietende deutsche Arbeiter, deren Ehrenschild besetzt worden ist, ausgeschlossen sind. Wer nicht das Licht der Wahrheit zwischen sich und diesen Leuten zer schneiden, legt moralisch gemißer machen die Mitschuld auf sein Haupt. Ich hege das Vertrauen zu den deutschen Arbeitern, daß sie sich der vollen Schwere des Augenblicks bewußt sind und als deutsche Männer die Lösung der schweren Frage finden werden.“

Manche Wendung in der vorstehend mitgetheilten Entrüstungsrede klingt recht bekannt: in ähnlicher Form, ja fast in denselben Worten, findet man sie nämlich schon in früheren Reden des Kaisers; besonders erinnern wir in dieser Hinsicht an die Wendung: „Männer, die bisher als Deutsche gegolten haben, jetzt aber dieses Namens unwürdig sind.“ Bei der innigen Freundschaft, welche Wilhelm II. mit Krupp verband, ist es ja nicht verwunderlich, wenn er am kaum aufgehügelten Grabe die Tugenden des Verstorbenen in höchsten Tönen pries. Indessen ist es nun doch einmal eine unumstößliche Thatsache, und in dieser Hinsicht scheint Wilhelm II. schlecht unterrichtet gewesen zu sein, daß Krupp so sehr das „Wohl des Vaterlandes“ im Auge hatte, daß er z. B., wie es die Akten des Reichstages ausweisen, seine Panzerplatten um 400 Mark theurer an Deutschland verkaufte, als an Amerika. Auch darüber, daß Krupp nur für das Wohl anderer gelebt und gestrebt hat, gehen die Meinungen weit auseinander; in dem Artikel unserer heutigen Beilage bringen wir Beweise dafür, wie die Krupp'sche Sozialpolitik ohne Schminke aussieht. Vorläufig wollen wir uns mit diesen wenigen Bemerkungen begnügen; es wird sich ohnedies noch mehrfach Gelegenheit bieten, auf diese neueste Entrüstungsrede Wilhelm's II. zurückzukommen.

Die Verhößerung des Stats nimmt ihren Fortgang. Den Schweinburg'schen „Berl. Pol. Nachr.“ zufolge wird im nächsthörigen Etat des Reichsamts des Innern ein größerer Betrag für die Bearbeitung des statistischen Materials der Krankenkassen ausgeworfen werden.

Der Zolltariffhandel. In der Dienstag Abend abgehaltenen Konferenz des Reichstagslers mit den Führern der Mehrheitsparteien ist, wie der „Frankf. Ztg.“ aus Berlin gemeldet wird, die Verhandlung über das Zustandekommen des Zolltarifs noch nicht zum Abschluß gekommen. Der Widerstand geht nur noch von den Konventionen aus, die theils betreffs des Inkrafttretens des Zolltarifs, theils bezüglich der Industriezölle vorläufig noch Forderungen stellen, auf die der Reichstagler und die anderen Parteien nicht eingehen. Volle Einseitigkeit besteht aber auf der Rechten in dieser Beziehung nicht, und man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß später doch noch ein genügender Theil sich zu der Verständigungsmehrheit schlagen wird. Die Verhandlungen sollten am Mittwoch fortgesetzt werden.

Nur die Sozialdemokratie hilft! Das Merkfale „Reichenbach-Neuroder Volksblatt“ jammert wegen eines sozialdemokratischen Flugblattes, das dieser Tage im Wahlkreis Striegau-Schweidnitz-Freiburg verbreitet wurde. Das Blättchen meint, es müsse eine Agitation gegen die „Lügen und Schwimbelreien der Sozialdemo-

kratte" entfaltet werden, um dann jedoch ganz kleinlaut hinzuzufügen: „Wie schwer diese Aufgabe ist, weil der kleine Mann nur auf seine Leute hören will, erhellt aus folgendem tatsächlichen Vorkommnis: Ein sonst biederer Handwerker hatte auf die Ermahnung des Ortsgeistlichen, doch keinem Sozialdemokraten die Stimme zu geben, nur die eine Antwort: Herr Pfarrer, ich bin ein ganz guter Christ; aber in der Wahl ließ ich mir keine Vorschriften machen; denn es giebt nur eine Partei, die uns helfen will, und das ist die Sozialdemokratie!“

Ein leises Grauen überrieselt jetzt bereits die Mehrheit des Reichstages vor ihrem jüngsten Kinde, der Erz-Abschleifer. Die Abstimmungen gehen nach diesem Ritus jetzt mit einer geradezu „affenartigen Geschwindigkeit“ vor sich, die den beteiligten Agrariern höchst un bequem ist. Die „Post“ jammert: „Die gestrige Reichstagsitzung, (d. h. die Montag mit Beschlus unfähigkeit endete. Red.) zeigt, daß die neue Form der Abstimmung auch ihre Schattenseiten hat. Die Mehrheit wird sich eben daran gewöhnen müssen, nicht nur vollständig in Berlin, sondern auch in unmittelbarer Nähe des Sitzungs saales zu sein, um an den namentlichen Abstimmungen teilnehmen zu können. Zeit, wie bei dem früheren Abstimmungsmodus, sich herbeizurufen zu lassen, ist bei der jetzigen Abstimmungsart nicht mehr vorhanden.“ — Das ist wirklich schrecklich und zu viel verlangt von den Herren, die es vorziehen, ein Schläschen zu machen oder ein Gläschen zu schlürfen, statt im Sitzungssaal „langweilige“, d. h. sachliche Reden anzuhören. Vielleicht beantragt ein Mitglied der Rechten, daß zwischen der Verkündigung der Abstimmung durch den Präsidenten und dem Einjammeln der Stimmen durch die Schriftführer eine Pause von 15 Minuten gelassen wird, damit die Herren Zeit haben, sich im Sitzungssaal zu versammeln. Die Linke wird diesen Antrag gern unterstützen und bereit sein, ihn eingehend zu erörtern.

Die neue Polen-Interpellation, die vom Abg. Dr. v. Dziembowski-Pomian und Genossen eingebracht ist, lautet: „Die ungleichmäßige Behandlung der polnischen Bevölkerung innerhalb des Deutschen Reiches, welche im Widerspruch steht mit der staatsrechtlichen Gleichheit vor dem Gesetz, die sich unter anderem insbesondere in einem Boykott polnischer Gewerbetreibender und Kaufleute seitens der Militärbehörden kundgiebt, in der Entziehung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst wegen geringfügiger Vergehen, in der Handhabung der Personenstandsgehalte, sowie in der Behandlung politischer Tagesgeschicklicher als gemeine Verbrecher, veranlaßt die Unterzeichneten zu der Anfrage an den Herrn Reichskanzler, was derselbe zu thun gedenkt, um diesen Zuständen ein Ende zu machen?“

Krupp-Korruption. Weil Krupp viel Geld hatte, vernahm sich jetzt die servilen Pressen der bürgerlichen Zeitungen in Klammern die „gute Herz“, die „Sanftmützig“, den „Edelmann“ des Verstorbenen marktschreierisch zu führen. Besonders widerwärtig ist, daß der „Vorwärts“ für den Tod Krupps“ verantwortlich gemacht wird, als habe der Artikel unseres Zentralorgans Krupp in den Tod gerufen. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Krupp sehr lebhaftende „Ahnung-Westf. Bzg.“ schreibt:

Es kann nicht fehlen, daß dieser Tod des gütigen und von allen seinen Bekannten verehrten Mannes mit den Angriffen in Verbindung gebracht wird, welche von sozialdemokratischer Seite gegen seine sittliche Lebensführung gerichtet worden sind. Wir haben keinerlei Veranlassung, solchen Klatsch Glauben zu schenken. Friedrich Alfred Krupp war ein zarter Knabe und ein schmächtiger, herzleidender Mann, der im Orient verschiedentlich Heilung von Asthma suchte; außerdem war er unähnlich seinem Vater ein weicher, lebenswürdiger, fast ängstlicher Charakter.

Krupp war also seit Jahren kränklich und es ist lediglich ein Zufall, daß er kurz nach dem interessanten Artikel in „Vorw.“ gestorben ist.

Kleine politische Nachrichten. In dem Wahlkreis Ostpreußen-Franzburg-Mügen ist der Deutsch. Tagesbzt. zufolge, Landtagsabgeordneter Kammerherr von Rippenhausen-Orangen als konservativer Reichstagskandidat aufgestellt worden. — In den vertraulichen Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Delegierten der Mehrheitsparteien des Reichstags ist auch wieder die Frage der Diäten eine Rolle gespielt haben. Das Zentrum soll die Anregung dazu gegeben haben. — Mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Direktors der Reichsdruckerei in Berlin ist der Ober-Postdirektor von Köln, Landbeck, vom 1. Januar an beauftragt worden. — Die zahlreichen Unternehmungen des Abgeordneten Dabach wurden in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt. Der Reingewinn soll zu Gunsten der katholischen Presse verwandt werden. — In Rom wurde Dienstag ein öffentliches Meeting, in welchem der Anarchist Bori den Nachweis führen wollte, daß Rubino Polizeispion ist, politisch verboten. Konnte die Polizei diesem Nachweis nicht anders als durch Verbot begegnen? Damit wird sie Niemanden überzeugen. — Die „Frankf. Bzg.“ meldet aus dem Haag: Wie man aus Batavia meldet, haben die Holländer im Atjeh-Kriege, der beinahe schon ungefähr 30 Jahre dauert, eine bedeutende Schluppe erlitten. Leutnant de Kof, er mit 45 Mann den Madafuß im Norden von Atjeh anabühr, wurde beschossen. Die Barke schlug um und der Offizier wie 20 Mann ertranken. — Der Präsident Castro von Venezuela hat sich dahin ausgesprochen, daß der Friede am 1. Januar 1903 verkündet werden kann.

### Frankreich.

Matrosenstreik. Das gesamte Personal verschiedener Dampfer, die Mittwoch von Marseille nach Algier, Tunis und Oran abgehen sollten, legte die Arbeit nieder und beharrte sich an Land, so daß die Schiffe nicht auslaufen konnten. Die Differenzen sind dadurch entstanden, daß die Schiffsbesatzungen die Vereinbarungen über die Arbeitszeit und die Bezahlung der Ueberstunden nicht inne halten. Die Behörden wollen versuchen, den Post- und Personenverkehr durch Hinzunahme der Kriegsmarine aufrecht zu erhalten. Es besteht große Wahrscheinlichkeit, daß sich auch die Matrosen der Hafenarbeiter dem Streik anschließen werden.

Der Zustand der Bergarbeiter darf als beunruhigend angesehen werden, nachdem der Ausschuß der Bergarbeiter Mittwoch beschlossen hat, daß am Freitag auch im Vorkassien die Arbeit wieder aufgenommen werden soll.

### Spanien.

Ein Generalstreik ist in Huelva ausgebrochen. Die Regierung hat sofort Infanterie und Gendarmen in das Streikgebiet entsandt. Bisher sind jedoch noch keine Aufhebungen vorgekommen.

### Vereinigte Staaten.

Eine vollständige Schließung im Kohlengräberstreik ist, wie der „Frankf. Bzg.“ gelabelt wird, bisher noch nicht erreicht, weil einige unabhängige Gesellschaften abgesprungen sind.

### Kuba.

Die Lage in Havana. Die neueste Meldung besagt, daß die Arbeiter-Organisation beschlossen habe, anzuordnen, daß die Ausständigen die Arbeit wieder aufnehmen sollen. Dienstag kam es übrigens noch zu einem Zusammenstoß zwischen einem Feuerwehr- und einem Straßenbahnwagen, wobei zwei Ausständigen und ein Feuerwehrmann getötet wurden. Im Ganzen wurden bei den Tumulten in den letzten Tagen 120 Personen verletzt.

### Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 27. November.

Dalles, Dalles über Alles! Wie aus dem Jahresbericht des Finanzdepartements ersichtlich, schließt die Abrechnung der Stadtkasse pro 1901 mit einem Fehlbetrag von nur 315 749, 63 Mk. ab. Derselbe ist jedoch noch 190 805,76 Mk. niedriger als man nach dem Voranschlag erwartet hatte. — Steuerzahler, freut Euch!

Kam ein Vogel geflogen. Dem Oberbaudirektor Ahe der ist vom Kaiser von Oesterreich in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste — um den Bau des Elbe-Extraktionskanals — das Offizierskreuz des Kaiserlich Oesterreichischen Franz Josephs-Ordens verliehen worden. — Die Lübecker Steuerzahler wären froh, wenn sie den ungeheuren Kosten verschlundenden Kanal, der unserer Bevölkerung bis jetzt so gut wie gar keinen Nutzen gebracht hat, wieder los werden könnten. Sie würden dann gerne die Verleihung eines zweiten Ordens an den Oberbaudirektor befehlen.

Die Beförderung der Gefangenen vom Markt zum Werk- und Zucht haus erfolgt nunmehr mittelst des jogen. „Blauen August“. Leider ist damit aber noch nicht der für eine angehende Großstadt unhaltbare Zustand des Transports Verhafteter auf offener Straße beseitigt worden. Meist häufig sieht man, wie ein Schuttmann einen Verhafteten durch die belebtesten Straßen führt und ihn dann im Markt absetzt. Hier läßt sich sehr leicht Abhilfe schaffen, indem man den Transportwagen auch zur Beförderung zwischen den einzelnen Wachen und dem Markt benutzt. Die Verhafteten müßten dann auf diesen Wagen aufgeliefert und später per Wagen abgeholt werden. Hoffentlich tragen diese Feilen zur Abstellung des gerügten Uebelstandes bei.

Ausnahmetage hinsichtlich der Sonntagsruhe. Während der beiden letzten Sonntage vor Weihnachten, sowie am Sonntag nach Weihnachten darf im Handelsgewerbe mit offenen Verkaufsstellen eine Beschäftigung der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter außer in den sonst freigegebenen Stunden auch noch bis neun Uhr Abends erfolgen.

Wegen Strafenraubes standen gestern die jugendlichen Arbeiter Horn und Clagen vor dem hiesigen Schwurgericht. Die beiden Angeklagten haben am 24. September auf dem Wege von Ahrensbök nach Lübeck kurz hinter Curau den Arbeiter Helein in den Chauffeegraben gemorfen, ihm mit einem Stock einen Schlag auf den Kopf versetzt und dann des Portemonnaies beraubt. Hiermit noch nicht zufrieden, lehrten sie nach vollbrachter That wieder um und dann beraubte Horn den Ueberfallenen auch noch seines Taschentuches, in dem ein Zwanzigmarkstück eingeknotet war. Insgesamt sind ihnen etwa 29 Mk. in die Hände gefallen. Nach Bejahung der Schuldfragen erkannte das Gericht gegen Horn auf 1 Jahr 6 Monate und gegen Clagen auf 1 Jahr Gefängnis. — Mit einem Dank an die Geschworenen wurde dann die diesjährige Schwurgerichtsperiode geschlossen. Die Verhandlung gegen den fahrlässigere beizuladenden Schlosser Becker wurde bis zur nächsten Periode vertagt.

Vom Hafen. In der verfloffenen Woche war der Verkehr im hiesigen Hafen erfreulicher Weise wieder ein sehr reger. Es gelangten nämlich 18 Dampfer und 34 Segler auf dem Seewege und 20 Fahrzeuge auf dem Kanalwege nach hier. 23 Seeschiffe hatten Holz, 16 Segler Masten, 1 Dampfer Kohlen für die Gasanstalt geladen. An lebendem Schlachtvieh wurden ferwärts 70 Rinder und 7 Schafe eingeführt. — In den letzten Tagen ist für die Firma Bernhöft u. Wilde eine große Kohlenladung von England eingetroffen. Weitere Transporte werden erwartet.

pb. Flüchtige Einbrecher. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß die in letzter Zeit hier begangenen Einbruchsdiebstähle von einem von der Marine desertierten Matrosen in Gemeinschaft mit einem Arbeiter ausgeführt sind. Beide sind von hier flüchtig geworden.

pb. Entwendeter Winterpaleto. Aus dem Vorräum der Leichhalle in der Mengstraße wurde am Mittwoch dieser Woche Abends zwischen 6 und 8 Uhr ein brauner, sehr gut erhaltener Winterpaleto mit hellfarbigem Futter, braunem Sammetragen und zwei Reihen Hornknöpfen gestohlen.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Württemberg wegen schwerer Körperverletzung. — Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Barmag, der seitens der Großherzoglich. Staatsanwaltschaft in Wismar wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird.

pb. Gestohlene Weiden. Ein Wakenitzbürger brachte zur Anzeige, daß ihm aus seiner Weidenpflanzung in der Nähe der Moltkebrücke eine größere Menge Weiden im Werthe von etwa 20 Mk. gestohlen sei. Die Diebe scheinen in der Richtung auf Aerttramshof davongegangen zu sein.

Stoßeltdorf. Bei der Gemeinderathswahl am Dienstag ging die von unseren Genossen aufgestellte Liste glatt durch, da die Gegner auf Aufstellung von Kandidaten verzichtet hatten. Es erhielten Stimmen: Brede und Naue-Stoßeltdorf und Maltau-Gehorft je 155, Scheel-Gr. Steinrade und die Genossen Könnfeldt-Stoßeltdorf und P. Rütgens-Jadenburg je 154 Stimmen. Außerdem wurde je eine Stimme für Buil-Stoßeltdorf und Käbler-Gr. Steinrade abgegeben. Von 72 eingetragenen Grundbesitzern übten nur 4, und von 404 eingetragenen Nichtgrundbesitzern nur 151 ihr Wahlrecht aus. Es scheint also einem großen Theil der Wähler ganz gleichgültig zu sein, wer ihre Interessen im Gemeinderath vertritt.

Entin. Mit der bevorstehenden Gemeindev-

rathswahl beschäftigte sich eine gestern Abend im Lokale des Herrn Schröder abgehaltene Volksversammlung. Dieselbe hatte sich eines außerordentlich guten Besuches, insbesondere von Anhängern des Bürgerthums, zu erfreuen. Einleitend bemerkte Genosse Rebenstorff, daß von Seiten mehrerer Anhänger des Bürgerthums dem Wunsche Ausdruck gegeben worden sei, mit uns ein Kompromiß abzuschließen. Darauf seien dann Unterhandlungen eingeleitet worden, die dahin führten, daß unsererseits zwei Genossen mit kandidiren sollten. In der am Dienstag abgehaltenen Versammlung des Bürgervereins und der Innungen sei jedoch dieser Kompromißvorschlag insofern abgelehnt worden, als sich auf einen Kandidaten der Arbeiterpartei, Genosse Ziemer, nur 73 Stimmen vereinigen, während die niedrigste, für bürgerliche Kandidaten abgegebene Stimmenzahl 83 betrug. Trotzdem aber habe sich die Partei auf den Standpunkt gestellt, von der Bürgervereinsliste zwei Namen zu streichen und dafür unsere beiden Kandidaten, die Genossen Rebenstorff und Ziemer, mit auf die Liste zu nehmen. Nach dieser Einleitung erhielt Genosse Stellung aus Lübeck das Wort, der in längerer, von allen Seiten beifällig aufgenommenen Ausführungen die Finanzwirtschaft in der Gemeinde, das Wahlrecht und verschiedene andere Mißstände kritisierte und im Uebrigen auf die Bedeutung der Wahlen hinwies. Am Schlusse seines Referats richtete er an die Versammelten den Wappell, am kommenden Freitag einmüthig für die vorgezeichnete, unten verzeichnete Liste einzutreten, damit auch die Arbeiterpartei im Gemeinderath Vertretung fände. Insbesondere ermahnte er die anwesenden Herren aus dem Bürgerthum, bei der Wahl mit ehrlichen Waffen zu kämpfen und durch Unterstützung unserer Liste auch der Arbeiterpartei Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Eine Diskussion fand leider nicht statt. Nach Bekanntgabe der Liste und einem kräftigen Schlußwort des Referenten erfolgte sodann Schluß. — Die von unseren Genossen aufgestellte Liste ist folgende: Malermeister Kloock, Bureauvorsteher Krügel, Professor Kühn, Kaufmann Brede, Zimmermeister Heger, Drechsler Ziemer und Arbeiter Rebenstorff. — Pflicht der Genossen ist es nunmehr, am Freitag nur für diese Liste einzutreten, damit jeglicher Stimmenzerplitterung vorgebeugt wird. Wenn unsere Genossen am Wahltage ihre Schuldbiligkeit thun und Mann für Mann an der Wahlurne erscheinen, dann ist es nach unserer Meinung bei der herrschenden Stimmung im Bürgerthum sehr wahrscheinlich, daß unsere Liste siegt und somit auch die Arbeiterpartei im Gemeinderath vertreten ist. Darum: Auf zur Wahl!

Entin. Die Stadtkasse ist von Freitag, den 28. d. Mts., Vormittags 11 Uhr an bis zum 29. d. Mts. infl. geschlossen.

Malente. Die verfloffene Gemeinderathswahl hat sich einer recht starken Wahlbetheiligung zu erfreuen gehabt, denn es übten von 374 Wahlberechtigten 246 ihr Wahlrecht aus. Daß manchen Herren das erzielte Resultat nicht paßt, läßt sich denken, insbesondere, da sich unter den Unterlegenen der Hauptmann Levega u. Siebeck, der nur ganze 46 Stimmen auf sich vereinigte, befindet. Wir können es besonders dem Herrn Hauptmann nachfühlen, daß ihn seine, trotz seines großen Einflusses in der dortigen Gegend erfolgte Niederlage recht schmerzlich berührt. Nun, vielleicht hat er ein anderes Mal etwas mehr Glück.

Ans der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Der christliche Eisenbahnerverband ist von der Eisenbahndirektion Altona, dem Vernehmen nach, verboten worden. Wir kommen auf die Angelegenheit noch ausführlicher zurück. — Wegen des Krupp-Artikels wurde das „Garburger Volksblatt“ in der Lüneburger Geschäftsstelle beschlagnahmt. Der Hüter des Gesetzes aber ergatterte nur 9 Exemplare. — In der Knechtischen Lederfabrik in Elmshorn sind Lohnunterschieden ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten. — In Rostock sind am Dienstag auch die letzten 13 arbeitswilligen Maurer abgereist. Die armen Innungsbräuter!

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Hamburg wurde ein 24 Jahre altes Mädchen todt in ihrem Zimmer aufgefunden. Die Untersuchung soll ergeben haben, daß der Tod durch Abtreibungsversuche, von einer unbekanntem Frau unternommen, herbeigeführt ist. — In Hamburg wurde eine öffentliche Frauenversammlung, von bürgerlicher Seite einberufen, aufgelöst, weil die Referentin, Frä. Heymann, nach Meinung des Ueberwachenden von dem angemeldeten Thema abgemichen war. — Die Aktien in Sachen der Ehefrau Rapoport in Altona, die bekanntlich das Opfer eines polizeilichen Mißgriffs geworden sein soll, sind höheren Orts eingefordert worden. Das Gleiche geschah mit den Gerichtsakten in Sachen des Mädchens Ernst, bei welchem auch ein polizeilicher Mißgriff vorliegt. — In der Nacht zum Mittwoch brach im Gerichtsgefängnis in Kiel Feuer aus. Der Keller ist ausgebrannt. Die gefährdeten Sträflinge mußten die Zellen räumen. — Aus Holtenau h. Kiel wird gemeldet, daß der Hamburger Dampfer „Johanna“ 5 Schiffbrüchige von dem Fehlmarn-Feuerschiff dortselbst gelandet habe. Weitere Nachrichten besagen, daß die Leute das Feuerschiff in einem Boote verlassen hatten, um an Land zu fahren, mit dem Boot aber gefentert sind. Einer der Leute war bereits todt, und zwar erfroren; ein zweiter Mann soll ernstlich erkrankt sein. — Der Gothenburger Dampfer „Gotha“ ist bei der Abfahrt nach Antwerpen mit dem Flensburger Dampfer „Gaus“ zusammengestoßen. Beide Fahrzeuge sind schwer beschädigt, vermögen sich aber über Wasser zu halten. — Das Großfeuer in Stavenhagen ist gelöscht. 28 Familien sind obdachlos geworden. — Der bei Curhaven festgerathene Schooner „Germania“ ist abgebracht und von den Schleppern „Gehr. Brede“ und „Borkum“ in den Hafen geschleppt worden. Der Schooner ist unbeschädigt. — Der englische Dampfer „Warfield“ landete in Seeitemünde 4 Mann von dem im atlantischen Ocean gesunkenen norwegischen Vollschiß „Teleson“, die übrigen 13 Mann der Besatzung sind ertrunken. — Der Dienstmann Meyer gestand in Untersuchungsfängnis, die Gebärmutter in Dideburg in der Nacht vom 5. zum 6. November im Born erwidert zu haben. — Ueber die Zuckerrabrik Odeskoe ist das Kontroversverfahren eröffnet worden.

Neustadt i. S. Eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung, welche auch von Frauen besucht war, fand im Anschluß an die Parteikonferenz am Sonntag Abend bei Herrn Lange statt. Genosse Weinheber-Hamburg, der Kandidat des Kreises, sprach in ausgezeichneter Weise über das Thema: „Was wollen die Sozialdemokraten?“ Im Anschluß an den Vortrag geistliche Genosse Lienau-Neumünster die verschiedenen Verbote von Festlichkeiten der Arbeiter. In seinem Schlußwort forderte Genosse Weinheber zur kräftigen Agitation für unsere Ideen auf.

Bremen. Bei der gestrigen Bürgerthumswahl wurde im 13. Bezirk Genosse Hartmann gewählt, während im 14. Bezirk Stadtwahl zwischen unserem Genossen Wöida und einem Liberalen stattfinden muß. In den übrigen 4 Bezirken siegten die Liberalen.

Sonnabend den 29. November cr.:

# Eröffnung unserer Spielwaaren- und Puppen-Ausstellung.

Grösste Auswahl am Platze.

Besichtigung gestattet.

Kein Kaufzwang.

# Warenhaus Hansa

Lübeck, Breitestrasse 51.

Zu sofort oder Januar Verrentwohnung  
Wiedestraße zu vermieten Näheres  
Friedenstraße 72, II.

Eine kl. Wohnung zu vermieten  
Preis 140 Mk. Zu erfragen Alshöhe 18

Zu verkaufen ein guterh. Kinderwagen  
12 Mk. und ein alter Kinderwagen zum  
Handeln 3 Mk. Gartenstraße 9/3.

Ein guterhaltener Kinderwagen  
zu verkaufen In der Mauer 100.

Koncertenhöhne 3 4 Mk. zu verk.  
W. Schulze, Al. Petersgrube 12.

Empfehle meine  
**Fleisch-Mancherei.**

C. Altmann, Trempelkamp 15.

**C. Grimm, Schuhmacherstr. 6.**  
Lederhandlung en gros & en detail.

**Billiger Sohlenauschnitt.**  
Verkauf sämtlicher Schuhmacherartikel.

Maass-Schäfte werden sauber und schnellstens  
angearbeitet. Knopflöcher werden feinstg.

## Goldbronze

für den Haushalt zum Bronzieren aller Gegen-  
stände aus Metall, Gips, Holz u. Pappe etc.

**Ferd. Kayser, Breitestrasse 81.**

Prima dicke Rippen zum Füllen 70 Pf.  
Kochfleisch 80 Pf., ger. Nudeln 85 Pf., Kaffee  
Rippfleisch 90 Pf., gebrühte Wetzwaart 70 Pf.,  
Leberwurst und geräucherter Leberwurst 70 Pf.,  
Branschweizer 50 Pf., Fleischwurst 60 Pf.,  
frisches Kopffleisch 30 Pf., Bratwurst 10 Pf.,  
Kohlwurst 50 Pf., fr. Schwarzw. 10 Pf.

Jeden Sonntagabend 5 Uhr:

— Warme Knackwurst. —

**M. Labrtz, Röttgerstr. 1291.**

Prima gesalzenes

Schweinefleisch 65 Pf.

Karbonade .. 75 ..

Kalbfleisch .. 40 ..

Rindfleisch .. 50 ..

Pr. Schweinefl. .. 65 ..

**W. Strohkfeldt,**

Glockengießerstraße 73

Markthallenstand Nr. 13 und 14.

## Grosse Auktion

am Freitag den 28. November 1902

Nachmittags 2 1/2 Uhr

**14 Hundestraße 14**

Über 2 Handwagen, pass. f. Komplete und Holz-  
handl., 1 Fahrrad, pass. als Rekrutensattel,  
1 Kapselautomat, 1 Schokoladen- und Bonbon-  
automat, Gefässen, Kleiderkasten, Bettstellen,  
Gipsfiguren, Kappen, Spielkarten, Porzellan-  
und Glaswaren, Seiden, Unterröck, Säune,  
Handschuhe, Theatervorhänge, Blumen, Schlüsser, ge-  
legene Kleidungsstücke, Hüte, Zigarren u. v.  
u. Gen. mehr.

**Jochim Ch. B. Schuchl,**

Auktionator und Taxator

## Die Mecklenburgische Verfassung.

Ein Beitrag zur

Geschichte des Sauerthums

von

**Joseph Herzfeld**

Waldes bei Rostock.

I. Theil.

83 aus halbesonndruckgelegene Er-  
drucksch.

76 Seiten. Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch die

**Verlagsbuchh. v. Friedr. Meyer & Co.**

Seemannstraße 50.

Heute fiel die

# Prämie

der 2. Klasse Mecklenburger Landes-Lotterie von

# Mark 60000

auf Nr. 15 779 8/8

in meine Kollekte.

Lübeck, den 26. November 1902.

# Paul Würzburg

**Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfs-  
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.**  
(Hauptstelle Lübeck)

Die Kinder unserer Mitglieder, welche zum  
Reichsausschuss mitbringen wollen, werden erjucht,  
sich am Freitag den 28. d. M., Abends 6 1/2 Uhr,  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52, einzufinden.

Das Comité.

**Zentral-Verband  
der deutschen Maschinen u. Heizer  
sowie Betriebsarbeiter.**  
(Hauptstelle Lübeck)

**Versammlung  
am Sonnabend den 29. d. M.**

Abends 9 Uhr  
bei **J. Grünwald, Röttgerstraße 18.**

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
  2. Kartellbericht.
  3. Vortrag: „Die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung“. Referent: J. Stellung.
  4. Fragensachen.
  5. Berichtwesen.
- Mit dieser Versammlung sind sämtliche Kollegen,  
aus dem Verbande doch nicht angehörige, ein-  
geladen.

**Achtung!  
Postadriearbeiter!**

**Mitglieder-  
Versammlung  
am Freitag den 28. November**

Abends 6 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50, 52

Tages-Ordnung:

1. Schlussrechnung.
2. Jährliche Rechenschaftslegung.
3. Fragensachen und Berichtwesen.

Der Vorstand.

**Die Arbeiter-Garderoben**  
aus dem Spezial-Geschäft von  
Lübeck **Otto Albers** Kahlm.  
Markt 4 10.

sind vorteilhaft bekannt durch gute Ver-  
arbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Leberhosen	1,80-6,45
Kleiderhosen	2,60-6,75
Schlofferhosen	1,88-5,25
Reberziehhosen	0,88-2,35
Zwinn-Hosen	1,58-3,25

feinere Jacken, jährige und gerade, 1,23  
Kasjer, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken,  
Kaler-Mäntel erstaunlich billig  
Rüben von 30 Pf. bis 1,88 Mk.

**Concordia-Garten,  
Berlegeln  
Von fetten Gänsen, Karpfen und  
Rauchfleisch**

am Sonnabend den 29. November.  
Anfang 11 Uhr Morgens Einfaß 50 Pf.  
Wozu freundlichst einladet

Fr. Frahm.

**J. Rooks Restaurant**  
Inhaber: O. Martinussen  
13 Lindenstrasse 13.  
**Muspielen**

von  
**fetten Gänsen, Karpfen  
und Rauchfleisch**  
auf einem Ziehbillard  
am Sonntag den 30. Nov.  
Beginn Morgens 11 Uhr. Einfaß 50 Pf.  
Wozu ladet freundlichst ein O. Martinussen.

**Apollo-Theater.**  
**Der größte Paderfolg.**  
**Nur noch 4 Tage.**  
Beginn 8 Uhr. — 9 Uhr Schmittbilletts.  
Freitag zum 1. Male:  
„Eine Karoline“ mit H. Kalaberg.

**Panorama**  
(Filiale Berlin, Postasse)  
Breitestrasse 53, 1. Etg.  
Diese Woche interessante Reise im

## Riesengebirge.

Jeden Tag von 10-1 und von 2-10 Uhr geöffnet.  
Entrée 30 Pf., Kinder 20 Pf., 5 Reisen 1 Mk.

**Circus Variété  
Reuterkrug.**

Freitag den 28., Sonnabend den 29. u.  
Sonntag den 30. November:

**Nur 3 mal. Gastspiel  
Berlins ehemalig be-  
rühmter Rechtsanwalt  
Dr. Fritz Friedmann**

in seiner sensationellen Verteidigungszene  
**Vom Tode — zum Freispruch**  
dazu der gesammte V. Prachtspielplan.  
Seine erhöhten Preise.  
Vereinsbilletts ungenügend.  
Anfang 8 Uhr  
Auftreten von **Dr. Fritz Friedmann**  
präzise 10 Uhr.  
Billetts sind für die 3 Tage schon an den  
bekanntesten Verkaufsstellen zu haben

## Stadt-Theater

Freitag den 28. November, Abends 7 1/2 Uhr.  
61. Vorst. 54. Ab. Vorst. 9. Freitag-Abend.  
**Carmen.**  
Große Oper in 4 Akten von Bizet.  
Sonnabend: Bei ermäßig. Preisen „Der Freischütz“.  
Sonntag Nachm.: Briette. Abds.: Alt-Heidelberg.

Verantwortlicher Redakteur für den gemeinen Teil der Zeitung: Otto Friedrich. Verantwortlicher Redakteur für den Adel: Johann Stelling. Druck von Friedr. Meyer & Co. — Ständige in Lübeck

## Die Wohlthaten der Firma Krupp.

Die gelehrtesten Hymnen der bürgerlichen Presse auf den verschiedenen Krupp zeigen besonders ein in allen Tonarten variiertes Leitmotiv: die Verherrlichung der Wohlfahrts-Einrichtungen der Firma Krupp, die Lobpreisungen auf das warme Herz Krupps für seine Arbeiter. Niemals sind solche Lobpreisungen minder unverdient gependet worden. Die nüchternere Sprache des nachfolgenden Thatsachenmaterials, das der „Vorwärts“ beibringt, wird das beweisen.

### Die Arbeiterwohnungen Krupps.

Die Firma Krupp hat den in ihrem Betrieb beschäftigten Arbeitern mehrere tausend Wohnungen erbauen lassen. Durch den Bau der Wohnungen brachte die Firma Krupp nicht das geringste Opfer. Der Miethszins dieser Wohnungen mußte ja pünktlich entrichtet werden, jedes Risiko fiel für die Firma weg, sie konnte deshalb die Miethse auch um ein Geringes niedriger stellen, als der ortsübliche Miethspreis sonst betrug. Dafür besaß die Firma aber in den völlig abgeschlossenen Arbeiterquartieren eine viel größere Aufsicht über ihre Arbeiter — wie weit diese Aufsicht ging, werden wir später darlegen —, sie vermochte mit Leichtigkeit jegliche Kontrolle über die in den Arbeiterkolonien Angehebelten auszuüben. Und sie besaß vor allen Dingen die Möglichkeit, entlassenen Arbeitern ihr Obdach sofort zu rauben, ein Mittel, die Arbeiter jederzeit in ihrer Hand zu behalten und vor jedem Murren gegen den Betriebsfeudalismus zu bewahren.

### Die Konsumläden Krupps.

Auch die Konsumläden Krupps boten ein vortreffliches Mittel, die Arbeiter vor jedem Aufbegehren zu behüten. Sie beanspruchten ebensowenig auch nur den geringsten materiellen Aufwand wie die Arbeiterwohnungen. Die Konsumläden verschleuderten ja keineswegs ihre Waaren, sondern verkauften dieselben zu den allgemein üblichen Preisen. Der einzige Vorteil der Waarenabnehmer besteht in der Berechnung eines gewissen Rabatts für die entnommenen Waaren, ein Rabatt, der in der Höhe von 6—7 Proz. am Jahresabschluß, dem 1. Juli, berechnet, und im Dezember zurückgezahlt wurde. Aber dieser Rabatt wurde keineswegs, wie dies sonst bei Konsumvereinen Brauch ist, an alle Käufer ausbezahlt; die im Laufe des Jahres freiwillig oder unfreiwillig aus dem Betriebe Ausgeschiedenen gingen vielmehr des Rabatts vollständig verlustig! Auch im günstigen Falle, wenn der Ausgeschiedene den Betrieb kurz nach der Auszahlung des Rabatts verlassen hatte, büßte er den Rabatt für die seit dem Juli entnommenen Waaren, also für ein volles halbes Jahr ein. Man sieht, daß auch die Konsumläden, diese vielgepriesene „Wohlfahrts-Einrichtung“, in Wirklichkeit nur ein ganz offensibares Mittel darstellen, die Arbeiter der Firma aus Sorge vor dem Verlust von mindestens 50 Proz. des Rabatts dem Fabriksfeudalismus der Firma Krupp gefügig zu machen.

### Die Wohlfahrts-Pensionkasse Krupps.

Diese Pensionkasse ist ganz besonders als die Krone der vorbildlichen Wohlfahrts-Einrichtungen der Firma gepriesen worden. Es verlohnt sich also, daß wir bei dieser berühmten Institution ein wenig länger verweilen. Denn diese Pensionkasse ist wirklich eine Wohlfahrtskasse — für die Firma Krupp nämlich!

Der „Wohlfahrts-Pensionkasse“ muß jeder Arbeiter des Betriebs angehören. Man zwingt jeden, sich den Wohlthaten dieser Kasse zu unterwerfen. Daß dieser Zwang zum Empfang der Wohlthaten nicht überflüssig ist, wird man sogleich begreifen.

Zunächst wird ein Einschreibegeld in der Höhe des anderthalbfachen Tagesverdienstes, durchschnittlich von 6 Mark, erhoben. An laufenden Beiträgen müssen

2 1/2 Prozent des Arbeitsverdienstes gezahlt werden. Im Jahre 1900 zahlte demzufolge jedes Mitglied der Kasse einen Jahresbeitrag von 34,8 Mark. Und welche Wohlthaten empfängt dafür der Arbeiter? Er kann Rentenempfänger werden. Um in diese Glückseligkeit zu kommen, muß er also mindestens zwanzig Jahre — bei besonders schwerer Arbeit, Feuerarbeit, 15 Jahre — ununterbrochen im Dienst der Firma Krupp gestanden haben und seine vollständige Arbeitsunfähigkeit durch das übereinstimmende Attest zweier Ärzte nachweisen! Dabei bleibt bei der Dienstalters-Berechnung die Zeit vor dem zurückgelegten 18. Jahre unberücksichtigt. Für diese nicht in Anrechnung gelangenden Jahre muß er aber gleichwohl Beiträge leisten! Unberücksichtigt bleibt ferner eine über 13 Wochen hinausgehende Krankheitszeit, ferner die Zeit, während deren ein Mitglied event. als Halbinvalide beschäftigt war.

Diejenigen, die vor Ablauf der zwanzig resp. fünfzehn Jahre den Betrieb verlassen oder abgelegt wurden, erhalten nicht einen einzigen Pfennig jener Zwangsbeiträge vergütet, die sie während langer Jahre geleistet haben! Auch dann nicht, wenn sich, was öfter vorkam, die Beiträge auf 1000 Mark angesammelt haben! Und die Zahl der aus Krupps Betrieben alljährlich Ausscheidenden resp. Ausgeschiedenen ist eine ungeheuer große. Wer sich irgendwie bei einem Vorgesetzten mißlieblich macht, wer politisch anrüchlich ist oder auch nur einer Gewerkschaft angehört, fliegt unbarmerzig hinaus! So verließen allein im Jahre 1899 nicht weniger als 7759 Arbeiter den Betrieb! In den folgenden Jahren waren es ebenfalls 7—8000 Personen!

Daher unter solchen Umständen die „Wohlfahrts-Pensionkasse“ glänzend prosperierte, ist kein Wunder. Bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 25 882 betrug der Ueberfluß der letzten Jahre bei einer Gesamtentnahme von 2 246 000 Mark fast die Hälfte, nämlich 1 167 000 Mark. Das Gesamtvermögen betrug am Jahresabschluß 1900 genau 10 742 423,81 Mark. Welch geniale Methode, auf Kosten der Arbeiter einen ungeheuren „Wohltätigkeitsfonds“ anzuhäufen! In der That, ein raffiniertes, man möchte sagen schwindelhaftes System, eine Arbeiterfürsorge vorzuspiegeln, die in Wirklichkeit in einer Ausbeutung der Arbeiter besteht, kann nicht gut erfunden werden!

Und welche moralisch entnervenden und korrumpirenden Einfluß übt dies System auf die Arbeiter aus. Da die „versicherten“ Arbeiter begreiflicherweise die hohen Summen, die sie für den Wohlfahrts-schwindel der Firma Krupp geopfert haben, nicht verlieren mögen, sehen sie sich genötigt, sich von den Beamten der Firma alles gefallen zu lassen. Je näher der Arbeiter dem angehenden Dienstalter rückt, desto größer wird seine Furcht, irgendetwas das Mißfallen der Beamten zu erregen, ein desto schenerer, schüchterer Sklave des Vorgesetzten wird er. Mit Anspannung aller physischen Kräfte und unter Verzicht auf alle doch gesetzlich gewährleisteten Rechte, sucht er sich in der Gunst des Vorgesetzten zu erhalten. Völlige Unterwürfigkeit, blinder Gehorsam gegen alle Willkür, gegen Lohnabzug, unwürdige Behandlung ist die Loosung. Die geringste Meinungsäußerung, die leiseste Hervorhebung des nicht ganz ersticken Gefühls der Menschenwürde kann ihn ja auf's Straßenpflaster fliegen lassen. Wie man mit den Arbeitern thatächlich umspringt, dafür nur ein Beispiel. Im Mai 1901 wagte es ein Arbeiter, kurz vor der Generalversammlung in einer Vertreter-Vorbesprechung einige Bestimmungen der Kasse einer gelinden Kritik zu unterziehen. Zwei Tage vor der Generalversammlung wurde ihm noch gestattet, die fälligen Beiträge zur Kasse zu entrichten, dann erhielt er unbarmerzig den Entlassungsschein. Und dieser Mann stand mehr als zwanzig Jahre im Dienst der

Firma Krupp und war ein pünktlicher ruhiger Arbeiter. Das beweist schon der Vermerk auf seinem Abgangszeugniß „Führung und Leistung gut“.

Kein Wunder, daß in diesem Jahre fünf Versammlungen in Essen, die von 2000 Personen besucht waren, einen gesetzlichen Schutz gegen die Krone der Kruppschen Wohlfahrt, die Wohlfahrts-Pensionkasse, verlangten! Ein an Krupp, der sich damals wieder einmal auf Capri befand, abgegangenes Telegramm blieb ohne Antwort. Der Mann, der nach den Angaben seines Justitiars auf Capri Leute aus Bucherhänden befreite, hatte keine Zeit für jene Arbeiter, die ihm die Summen für diese humanitäre Thätigkeit erarbeiteten!

### Die Profite Krupps.

Im Bericht der Budgetkommission des Reichstages zum Marine-Etat wurden seiner Zeit die tolen Preistreiberereien der Firmen Krupp und Stumm des Näheren geschildert. Es wurde mitgeteilt, daß jedes Linien- und Kreuzer-Schiff für 6 Mill. Mark, jeder große Kreuzer 4 Mill. Mark Nickelstahl-Panzerplatten erfordert. Es wurde dann hervorgehoben, daß es dem Marine-Amt der Vereinigten Staaten von Nordamerika gelungen sei, Kruppsche Panzerplatten zu einem Preise von 1920 Mark zu erlangen, während die deutsche Marine-Verwaltung 2320 Mk. pro Tonne, oder ca. 400 Mk. mehr pro Tonne zahlen mußte. Den niedrigeren Preis hat das amerikanische Marine-Amt erst erzielt, als der Kongreß vier Millionen Dollar ausgeworfen hatte zur Herstellung einer Panzerplatten-Fabrik der Regierung. Die amerikanischen Lieferungs-offerten gingen von dortigen Gesellschaften aus, welche Krupp und Harvey für ihre Patente eine Gebühr von 35,5 Dollars die Tonne zu zahlen haben. Der Bericht der Budgetkommission rechnete nun aus, daß jeder Jahresetat der deutschen Marine etwa 7500 Tonnen Nickelstahl-Panzerplatten und bei einem um 400 Mark höheren Preis pro Tonne die Nachforderung der deutschen Fabrikanten einen Nachschuß von etwa 3 Millionen Mark jährlich für das Deutsche Reich oder einen Gesamtnachschuß von 60 Millionen Mark für die Dauer der Bauzeit des Flottenprogramms enthält.

Wörtlich hieß es alsdann in dem Kommissionsbericht: „Gegenüber einer solchen unerhörten Preistreibererei der beiden deutschen Fabriken, welche sich dieses Monopol geschaffen hätten, wurde es für erforderlich gehalten, entweder die ausländische Konkurrenz zu den Lieferungen heranzuziehen oder die Errichtung eines Nickelstahl-Panzerplattenwerks für Rechnung des Reiches anzustreben. Eine dahin gehende Resolution wurde mit 20 gegen 4 Stimmen angenommen.“

Man sieht, der Bericht der Budgetkommission zum Marine-Etat liefert eine treffliche Charakteristik zum vielgefeierten Patriotismus der Firma Krupp! Die Firma Krupp verstand es ebenso raffiniert, die deutschen Steuerzahler, wie ihre Arbeiter ihre famose „Arbeiterwohlfahrt“ bezahlen zu lassen. Kein Wunder, daß die „Entbehrungsprämie“ Krupps auf jährlich 25 Millionen anschwellen konnte!

Wahrlich, eine Wohlthäterin der Menschheit, diese Firma Krupp!

## Soziales und Parteileben.

Webels Rede über die bevorstehende Reichstagswahl, die er auf dem Münchener Parteitage gehalten hat, ist nunmehr als Sonderabzug in Broschürenform erschienen. Die Rede Webels ist ein flammender Protest gegen die Bestrebungen der Regierung und der herrschenden Klassen, einen Polltarif zu schaffen, durch den die ohnehin schon elende Lebenslage des Proletariats noch weiter herabgedrückt werden muß. Sie ist aber auch ein Aufruf an das arbeitende Volk, sich in dem bevorstehenden Wahlkampf um das Banner der Sozialdemokratie zu scharen

## In den Wägen.

Roman von R. Orth.

39. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

In Frau Annas Kloppe wirbelten die Gedanken wild durcheinander, und es wurde ihr nicht leicht, einige Ordnung unter ihnen zu schaffen. Mit voller Klarheit erkannte sie zunächst nur das eine, daß Dougherty um die heabsichtigte Verhaftung Campbells wußte, daß kein anderer als er ihren Mann in diesem merkwürdigen Zustand lethargischen Schlafes verlegt haben konnte, und daß er es gethan, weil er Kehoe dadurch vor Verbrechen und Strafe bewahren wollte. Es war ihm also voller Ernst um seine Theilnahme für sie und ihren Mann, und er hegte sicherlich auch die Absicht, das Verschweigen einzulösen, das er ihr an dem ersten Abend ihrer Bekanntschaft gegeben.

Aber Dougherty war andererseits unzweifelhaft ein Verräther, ein Feind des Ordens, dem ihr Mann mit Leib und Seele angehörte. Und wenn dieser Brief an ihn gerichtet war, wie sie es wohl annehmen mußte, so trug er sich mit der Absicht, einen vernichtenden Schlag gegen den Geheimbund zu führen. Durfte sie es da wagen, „auch ihr Schweigen gemeinliche Sache mit ihm zu machen? Und dann, um ihre Verwirrung vollständig zu machen, schoß es ihr mit einem Male durch den Sinn, daß kaum noch fünf Minuten an der in dem Briefe gegebenen Zeit fehlten. Sie wußte es genau, denn sie hatte zufällig einen Blick auf die Uhr über dem Schreibtisch geworfen, als sie mit Daisy das Schlafzimmer verließ. In jedem Augenblick also konnten zwischen den Stämmen die Gestalten der Männer aufstehen, die heraufgekommen waren, um Campbell zu verhaften. Sie erzitterte bei dieser Vorstellung, und doch hätte sie um keinen Preis auch nur das Geringste thun mögen, um es zu verhindern.

„Die Handschrift ist sehr undeutlich,“ sagte sie stam-

melnd, „und ich bin auch ein wenig aus der Übung mit den deutschen Buchstaben. Sie müssen mir etwas Zeit lassen, mich in dem Briefe zurechtzufinden. Aber wenn Sie nicht wollen, daß mein Mann uns überrascht, so lassen Sie uns tiefer in den Wald hineingehen.“

Sie ging rasch voran, so daß Daisy sich wohl oder übel entschließen mußte, ihr zu folgen, um so mehr, als Anna ja den Zettel in der Hand behalten hatte. Noch ohne eine bestimmte Vorstellung von dem, was sie weiter thun wollte, nur einem dunklen, halb instinktiven Antriebe folgend, schlug die junge Frau den Weg nach der Schlucht des Carbondaches ein, einer engen, wildromantischen Klamm mit beinahe senkrecht abfallenden, zerklüfteten Wänden, auf deren Grunde über Geröll und Felstrümmer in starkem Fall schäumend und sprudelnd der Wildbach rauschte.

Daisy aber fühlte jetzt, wo sie vor allen Lauscherohren sicher waren, augenscheinlich das Bedürfnis, ihr eine Erklärung für ihr seltsames Ansinnen zu geben.

„Nennen Sie einen Mann namens Dougherty? Aber ich brauche nicht zu fragen. Sie müssen ihn ja kennen; denn Dougherty war es, welcher den Fremden aus Sheenandsah zu Ihnen brachte, und an jenem Abend haben Sie, wie ich von W'Donald weiß, den Verband seiner Wunde erneuert.“

„Gewiß, ich erinnere mich seiner sehr wohl,“ erwiderte die junge Frau mit erdenschelter Gleichgültigkeit. „Es ist ein hübscher Mann mit sehr angenehmen Manieren.“

„So? Also auch Ihnen hat er gefallen?“ fragte Daisy spöttisch. „Es scheint ja, daß ihm allerorten die Frauenherzen zufliegen. Aber ich rathe Ihnen, nehmen Sie sich vor ihm in acht, denn er ist ein Komödiant, und ich fürchte noch viel Schlimmeres als das.“

„Etwas Schlimmeres?“ wiederholte Anna fragend. „Ach, das glaube ich nimmermehr. Gerade seine krenherzige Offenheit war es ja, die mir so gut an ihm gefiel.“

Daisy lachte kurz auf. „Seine treuherzige Offenheit!

Nun, wie würden Sie einen Menschen nennen, der die Stirn hat, unter dem Namen seiner Schwester seine Geliebte in das Haus des Mädchens zu bringen, mit dem er sich eben verlobt hat?“

„Einen Betrüger — ohne Zweifel! Aber das trifft auf Dougherty gewiß nicht zu.“

„Ja, es trifft auf ihn zu,“ rief Daisy heftig. „So geschickte Schauspieler sie beide sein mögen, auf die Dauer vermochten sie mich doch nicht zu täuschen. Ihre Worte und ihre Gebärden konnten sie wohl beherrschen, nicht aber ihre Blicke. Und so wenig Sie meine Schwester sind, Frau Kehoe, so wenig ist die Person, die er mir zugeführt hat, die seine.“

„Er hat Sie also hintergangen, das ist freilich ein großes Unrecht, und ich bedauere Sie aufrichtig, Miß Rognahan.“

Daisy erkannte, daß sie sich von ihrer leidenschaftlichen Erregung zu weit hatte hinreißen lassen. Mit einer hochmütigen Geste warf sie den Kopf zurück. „Sagte ich denn, daß es sich bei alledem um mich handelt? Und wenn es auch so wäre, würde ich keines Menschen Mitleid brauchen. Ich bin zum Glück stark genug, mich nicht ungestraft beschämen zu lassen.“

Anna wußte genug. Sie war entschlossen, Dougherty vor der Rache Daisys zu schützen.

„Man verstehe ich freilich,“ sagte sie scheinbar unbedenken. „Deshalb also wollen Sie den Inhalt des Briefes erfahren. Er gehört auch mit zu den Heimlichkeiten der beiden?“

„Da ich Sie doch einmal ins Vertrauen ziehen mußte, so mögen Sie es immerhin wissen. Ja, es ist so, wie Sie vermuten. Diese angebliche Schwester vermittelte einen geheimnisvollen Briefwechsel Doughertys mit irgend jemand, über dessen Persönlichkeit ich mir trotz aller Bemühungen noch keine Aufklärung habe verschaffen können. Aber es ist mir gelungen, mich durch eine List dieses Zettels zu be-

und den Feind zu werfen. Die Broschüre wird bei der Agitation in Stadt und Land durch ihre packende Sprache und das schlagende Thatsachenmaterial gute Dienste leisten. Der Preis ist: 500 Exemplare 10 Mk.; 1000 Exemplare 15 Mk.; 10000 Exemplare 135 Mk.; 20000 Exemplare 250 Mk. u. s. f. Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69.

**Wieder ein Meineids-Sozialistenprozess in Oberschlesien.** Die ehemalige Leiterin der „Gazeta Robotnicza“, die polnische Sozialistin Frau Goldes-Caspari, erscheint am 28. November wegen Verleitung zum Meineid vor dem Schwurgericht in Weuthen (Oberschlesien). Verteidiger werden die Rechtsanwälte Wolffgang Heine in Berlin und Capla in Weuthen (Oberschl.) sein.

**Was sind Heimarbeiter, was sind Hausgewerbetreibende?** Diese Frage ist kürzlich von der Berliner Gewerbe-Deputation nach Lage der Rechtsprechung wie folgt beantwortet worden: Als Heimarbeiter werden solche Personen bezeichnet, die sich, obwohl sie die übertragenen Arbeiten in ihrer Wohnung anfertigen, doch in einem unmittelbaren Abhängigkeitsverhältnis zum Arbeitgeber befinden, demselben also auf Grund eines Dienstvertrages verpflichtet sind, während zwischen dem Hausgewerbetreibenden und dem Unternehmer ein Werkvertrag als vorliegend anzunehmen ist. Einzelne Merkmale der Heimarbeitereigenschaft sind folgende: Regelmäßige kurze Lieferungs- und Lohnzahlungstermine, die Verpflichtung, nur für einen Arbeitgeber zu arbeiten, oder doch die Aufgabe nur einer kleineren Menge von Arbeit an eine einzelne Person, die von einer Arbeitskraft allein bewältigt werden kann. Wissenschaftlich erörtert wird die in Rede stehende Frage bei Wobike, Kommentar zum Krankenversicherungsgesetz, 6. Auflage, Seite 91, Anmerkung 13 zu § 2.

Das „Süddeutsche Postillon“ erscheint z. B. bereits die 500. Nummer; aus diesem Grunde hat der Verlag eine Festnummer herausgegeben, zu der eine stattliche Reihe von Mitarbeitern ihr Bestes beigetragen hat. Die reichhaltige Nummer umfaßt 12 Seiten und bietet ein Bild des ganzen bisherigen Schaffens.

## Aus Nah und Fern.

**Beinahe lebendig begraben wurde,** der „Freie“, 19. zuzufolge, in Eberswalde am Sonnabend eine Frau. Die etwa 40-jährige Frau des Arbeiters Emil Scherre sollte nachmittags, nachdem sie 4 Tage auf dem Totenbette gelegen hatte, beerdigt werden. Alles war bereits zur Beerdigung vorbereitet, als mit einem Male den Angehörigen der Frau deren veränderte frische Gesichtsfarbe auffiel. Nach kurzer Zeit stellten sich auch Blutungen aus Nase und Mund ein. Der sofort herbeigerufenen Arzt, Dr. Bräutigam, öffnete der Frau die Brust und machte einen Rückenchnitt. Er stellte daraufhin fest, daß die Frau noch am Leben ist und seit vier Tagen im Starrkrampf liegt. Die ärztlichen Hilfeleistungen waren bisher ohne Erfolg. Die Beerdigung ist von der Polizei sofort beanstanden worden. Frau Scherre wurde zur weiteren Beobachtung ins städtische Krankenhaus geschafft.

**Mörderin. Gattenmörderin.** Als der Fabrikarbeiter Karl Schulze nachts betrunken nach Hause kam, wurde seine Frau so erschreckt, daß sie ihn am Hals faßte und so lange würgte, bis er tot war. Die Frau wurde verhaftet; zehn unmündige Kinder betrauern den Tod des Vaters.

**Die Arbeiten am Simpfon** sind nach der Köln. Volkszählung sehr schwierig geworden. Durch gewaltige Temperaturerhöhungen sind die bisherigen täglichen Fortschrittsziffern von 7 und 8 Meter auf 5 und 6 Meter gesunken. 6 Kilometer sind noch zu durchbohren. Es dürfte waghalsig zu einer Fristverlängerung kommen.

**Das Alphabet der parlamentarischen Redeweise.** Dem „Prager Tagebl.“ zufolge beabsichtigt ein österreichischer Abgeordneter ein Wörterbuch jener Kraftausdrücke herauszugeben, deren sich manche Volkvertreter im österreichischen Reichsrath zu bedienen pflegen. Das moderne parlamentarische Wörterbuch sei übrigens sehr leicht zusammenzustellen; mit Zuhilfenahme des Alphabets lasse sich beispielsweise aus den Sitzungsberichten des hohen Hauses in Wien folgende Wörterliste auswählen: Masgeschicht, Wanntweiser, Canaille, Diebsgeschudel, Grahlschreiber, Kallot, Gelgenstiel, Dultschenschleuderer, Jdiot, Jadenrecht, Kerpf-

blöder, Raubstuh, elendiger, Menschelmörder, Maderer, Ochsenreiber, Herbedieb, galkischer, Quadratesel, Raubersbua, Gaujub, Trottel, Utrottel, Diebstahl, Waschengesicht, Waschreiter, Zwiebelkewot. Einem Schimpfwort mit dem Anfangsbuchstaben R können wir uns, so schreibt das Prager Blatt aus den Berichten nicht erinnern und wir müssen es dem Herausgeber des Wörterbuchs überlassen, eines zu finden, falls er sich mit dem Beiwort „x-beinig“ nicht eben begnügen will. Eine andere Frage ist allerdings, ob die Herausgabe eines solchen Vorklons wirklich einem Bedürfnisse entspricht, denn die betreffenden Abgeordneten verfügen auch ohne Wörterbuch schon über einen reichen Vorklons. Es wäre denn, daß sie das Vorklons dazu benötigen, um es den Gegnern an den Kopf zu werfen.

**Budapest.** Schreckenshat einer Irrenjungen. In einem Anfall von Geisteskrankung hat die Frau des Lehrers Malinoviczi in Czeres ihren drei Kindern mit einem Rasirmesser die Köpfe abgeschitten. Die Frau wurde in eine Irrenanstalt gebracht.

**Glück muß der Mensch haben.** Große Aufregung herrscht in allen Schneiderwerkstätten des Opernviertels in Paris, in die die Kunde eingedrungen ist, daß die ehemalige Kameradin, Fräulein Lucie Boyce, die noch vor wenigen Jahren gegen einen Tagelohn von 3 1/2 Francs gearbeitet hatte, von einem amerikanischen Millionär zu seiner Gattin auserkoren und eingeheiratet worden ist. Fräulein Lucie begleitete eine Amerikanerin, die bei einem fashio-nablen Schneider eine größere Bestellung gemacht hatte, mit den ausgefuchten Kleibern nach dem Hotel, wo ihre drei jungen Töchter an der stottern und lustigen Pariserin so großen Gefallen fanden, daß sie es bei ihren Eltern durchsetzten, Fräulein Lucie als Begleiterin nach Amerika mitzunehmen. Inzwischen sind die drei blühenden Geschöpfe dahingerafft worden, die Mutter folgte ihnen bald nach und der schwergeprüfte Vater hat die Freundin seiner Tochter adoptirt, so daß Fräulein Lucie heute ein Vermögen von nahezu dreißig Millionen besitzt.

**Ein Briefkasten mitten im Ozean.** Wenig bekannt dürfte es sein, daß mitten im Ozean, und zwar auf einer kleinen Insel nördlich von Australien, ein Briefkasten sich befindet. In der sogenannten Arafura-See, welche sich zwischen Neu-Guinea und Nord-Australien ausbreitet, liegt die kleine Insel Borby. Im Jahre 1845 kam das englische Kriegsschiff „Bramble“ nach dieser Insel und untersuchte sie. Es wurde festgestellt, daß sie von Eingeborenen besucht werde, daß man also hier eine Niederlage von Lebensmitteln zu errichten vermöge, welche Schiffbrüchigen zugute kommen könnte. Die Insel liegt nämlich auf dem Kurs, den Schiffe und auch Boote mit geretteten Mannschaften von untergegangenen Schiffen gewöhnlich nehmen, und so brachte der Kommandant in einer Höhle eine größere Quantität von Dauerproviand unter. Gleichzeitig aber kam er noch auf eine sehr originelle Idee. Er errichtete einen großen Kasten auf der Insel und schrieb an diesen Kasten »Post office«, dann machte er der englischen Admiralität von seiner Einrichtung Mitteilung, und diese verzeigte nicht, in allen Büchern und Karten die Insel und neben ihr die Bezeichnung Post office, d. h. Postanstalt, einzutragen zu lassen. Ohne besondere internationale Abkommen hat sich nun der Gebrauch herausgebildet, daß jedes Schiff, das bei Tage an jener Insel vorüberkommt ein Boot ausfährt und den Briefkasten revidiren läßt. Findet es Briefe, die nach Orten adressirt sind, nach denen es fährt, so werden diese Briefe mit auf das Schiff genommen, um sie an ihren Bestimmungsort abzuliefern. Jedesmal wird auch der vorhandene Dauerproviand untersucht und, wenn er vermindert sein sollte, wieder ergänzt. Natürlich lassen die Schiffe auch hier Briefe zurück, wenn dieselben nach Orten bestimmt sind, woher das Schiff kommt oder die es in nächster Zeit nicht berühren wird. Die Kapitäne der Kriegs- und Handelsmarine aller Nationen untersuchen auf das Gewissenhafteste diesen eigentümlichen Briefkasten mitten im Meer und befördern ebenso gewissenhaft die für sie geeigneten Poststücke. Jedemfalls ist der Briefkasten aber einer der originellsten, die es auf der ganzen bewohnten Erde giebt.

**Die Elektricität als Schutz gegen Eisenbahnunfälle.** Die Sicherheit auf der Eisenbahn gegen Unfälle hat einen wesentlichen Fortschritt zu verzeichnen, seitdem durch eine elektrische Steuerung der Luftdruckbremsen mancherlei Mängel derselben beseitigt sind. Noch in diesem Jahre wird die Eisenbahndirection Suetin einen größeren Wagen- und Lokomotivpark mit dieser elektrischen Steuerung der Luftdruckbremsen ausgerüstet, in den Dienst stellen. Diese Steuerung verhindert, daß der Lokomotivführer, wie dies

mehrfach vorgekommen, das Ausströmen der Luft infolge Ziehens der Nothbremse durch einen Fahrgast für ein Undichtwerden der Luftleitung hält und durch Nachfüllen von Luft der Bremswirkung entgegenarbeitet. Wird das Nachfüllen von Luft aus irgend einem Grunde verabsäumt, so sinkt der Druck der Bremsluft allmählich auf 1 Atmosphäre herab, und der Lokomotivführer hat im Falle der Gefahr keine Bremskraft zur Verfügung. D diesem Uebelstande hilft die elektrische Steuerung dadurch ab, daß beim Herabgehen des Luftdruckes bis auf ca. 2,5 Atmosphären sämtliche Bremsen des Zuges selbstthätig angezogen werden. Das Gleiche tritt ein, wenn ein Ruppelungsschahn der Luftleitung versehentlich geschlossen bleibt und in dem hinter ihm liegenden abgeschlossenen Theil des Zuges sich der Luftdruck auf das angegebene Maß herabmindert. Die elektrische Steuerung ermöglicht es außerdem dem Lokomotivführer, ohne Zuhilfenahme anderer Personen und ohne seinen Stand zu verlassen, die Probe auf das richtige Funktioniren der Bremse vorzunehmen, die früher besonders bei langen Zügen, starkem Verkehr oder Gleiskrümmungen mit großem Zeitverlust verbunden war. Als weitere Vortheile der elektrischen Steuerung werden noch angeführt, daß der Bremsweg verkürzt wird und nach erfolgtem Lösen die Bremse sofort wieder angezogen werden kann, daß ferner die Einstellung nicht bremsbarer Wagen ohne Einfluß auf die Wirkung der Bremse ist und schließlich, daß der Luftverbrauch wesentlich herabgemindert ist.

**Ein neu erforschter Volksstamm.** Ein sehr entlegener und wenig beachteter Winkel des asiatischen Festlandes ist die Landschaft Manipur, die den östlichen Theil des britischen Vorderindien darstellt und das wilde Gebirgsland zwischen Assam und Ober-Birma beherrscht. Erst kürzlich ist durch einen englischen Gelehrten die dortige Einwohnerzahl genauer erkundet worden. Sie setzt sich aus einer Gruppe alteingeborener Stämme unter dem Namen Nagas zusammen. Die Nagas wohnen in Dörfern, die auf dem Ramen oder den Abhängen der Hügelketten erbaut und wieder in Gehöfte eingetheilt sind. Jedes Gehöft wird von einer bestimmten Zahl von Familien bewohnt. Die Familie bildet die soziale Einheit, und Mitglieder einer Familie dürfen nur untereinander heirathen. Die Stammeszusammenghörigkeit ist nur in sehr geringem Grade erhalten geblieben, und es mag sogar ein Gehöft in einem Dorf angegriffen werden, ohne daß die Leute der benachbarten Gehöfte zur Unterstützung herbeieilen. Das Volk ist fleißig und baut hauptsächlich Baumwolle an, die gefärbt und zu einem guten, brauchbaren Zeug verwoben wird. Es hat auch einige Kenntniß von der Kunst der Töpferei. Die Nagas sind besonders erpicht auf persönlichen Schmuck, der erfolgreiche Kopfläger trägt ein Halsband aus Bürenzähnen oder ein Armband aus Kaurimuscheln für jeden Kopf eines erlegten Feindes. Die jungen Leute wohnen scheidend in einem Wachtthause, das auch als Berathungsraum dient. Der Nashornvogel und der Gaur, der indische Büffel, gelten als heilig; dem letzteren werden Opfer mit großer Grausamkeit dargebracht. Diese Völker haben keine Vorstellung von einem Schöpfer, erkennen aber einen wohlthätigen mächtigen Gott an, der durch Gebete zum Schutz vor bösen Geistern herbeigerufen werden kann. Sie haben scheinbar auch Götter und Gottheiten für die einzelnen Stämme, die namentlich dem Krieg und der Jagd vorliegen. Krankheit wird durch die Priester behandelt, die stets Opfer vorschreiben, die aus einem Schwein oder Geflügel bestehen. Die Leute haben eine unbestimmte Vorstellung von einem Jenseits, denn sie legen auf den Gräbern Nahrungsmittel und Waffen zum Gebrauch für die Todten nieder.

**Newyork.** Die Bedrohungen durch unterirdische Gewaltthaten, denen seit längerer Zeit die Districte Zentralamerikas ausgesetzt sind, greifen jetzt auch auf Südamerika über. Eine Depesche aus der Hafenstadt Guayaquil in Ecuador besagt, daß in der Nacht zum Dienstag in Latacunaa ein heftiges Erdbeben verspürt wurde.

### Südecker Marktpreise vom 26. November.

Bauern-Butter Pfd. 1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Mk., Hagen Stk. 2,80 Mk., Enten Stk. 2,70 Mk., Föhner Stk. 1,60 Mk., Kühen Stk. 1,30 Mk., Tauben Stk. 0,60 Mk., Gänse Pfd. 65-70 Pf., Schlacksanz 300 Mk., Schweinskopf Pfd. 0,50 Mk., Schinken Pfd. 1,10 Mk., Würst Pfd. 1,20 Mk., Eier 6 Stk. 60 Pf., Kartoffeln 10 Liter 50 Pf., Karppfen Pfd. 1.- Mk., Karaulen Pfd. 80 Pf., Hechte Pfd. 60 Pf., Barfche Pfd. 60 Pf., Mal Pfd. 0,90 Mk.

mächtigen, den sie ihm gestern Abend verholten zugestimmt hatte. Ich habe nichts weiter entziffern können, als den Namen Campbell und den Ihres Mannes; aber es muß irgend eine Schwärzerei dahinter dazwischen sein, denn wozu sonst diese ängstliche Heimlichkeitserei und diese Korrespondenz in einer fremden Sprache? Hiermit handelt es sich um eine Angelegenheit der Molly Magares, und wir erfüllen nur unsere Pflicht, wenn wir uns bemühen, das lichtigere Licht zu verbreiten.

Während sie sprach, waren sie allgemach bis an die Schwelpe des Carbonbaches gelangt, und Anna hatte sich am äußersten Rande derselben auf den Stamm eines umgebrochenen Baumes gesetzt, während Daisy sich in ihrer Nähe auf einen moosigen Felsblock niedersaß. Schon während der letzten Minuten hatte die junge Frau, ihre Hand in den Falten des Rockes verbergend, das inhaltschwere Blatt zu einem winzigen Knäuel zusammengeballt, und nun benutzte sie einen Augenblick, da sie sich von Daisy entfernte, um es in die dunkle Tiefe hinabschleusen zu lassen.

„Gewiß,“ sagte sie, „es ist unsere Pflicht. Und hier wird uns Niemand hören. Geben Sie mir also jetzt den Brief.“

„Den Brief? Sie haben ihn bereits. Ich gab Ihnen das Papier vor dem Hause.“

„Gewiß. Aber warum Sie es denn nicht vor mir geben, als ich Ihnen sagte, daß ich es so schnell nicht werden lesen konnte? Gewiß haben Sie es wieder zu sich geholt.“

„Nein, ich bin mirer Sache ganz sicher. Und vor wenig Minuten noch sah ich das Blatt in Ihrer Hand.“

„Nein Gott, so wahr ich es mitreuegs verloren

habe! Vielleicht, als ich vorhin sprachelte und mit der freien Hand nach dem Rinde griff, das mir vom Arm gleiten wollte. Aber wenn es so ist, werden wir den Brief ja noch wiederfinden.“

Daisy war bereits aufgeprungen und hatte sich nach der Richtung zurückgewandt, aus der sie gekommen war. Der heftigste Unwille malte sich auf ihrem Gesicht.

„Welche Unschämheit!“ rief sie, außer Stande, ihren Kerger zu bezwingen. „Nur nicht müssen wir ihn finden, und wenn es uns nicht gelingt, so fällt alle Verantwortung für die Folgen auf Sie.“

Anna entschuldigte sich verlegen und begann eifrig zu jagen. Sie spielte ihre Rolle mit einem Geschick, das sie selber sich vorher kaum zugehört hätte, und ließ geduldig die Vorwürfe Daisys über sich ergehen.

Als sie nahezu die Hälfte des Weges zurückgegangen waren, jeder Strauch und jede Spalte auf das genaueste durchsuchend, blieb Daisy plötzlich stehen, und indem sie Anna mit prüfenden Augen ansah, rief sie ihr zu: „Sie wußten bereits, was in dem Briefe stand, und haben ihn absichtlich versteckt, weil Sie mit diesem Dongarrich im Eimberständniß sind. Vielleicht hat er auch Ihnen Liebe geschworen — sehr Herz ist ja so weit, daß es mich wahnsinnig nicht wunder nehmen würde.“

„Nun darf sie Anna freilich nicht länger die Demüthige spielen, und vielleicht hatte sie bereits mit Schmach auf den Augenblick gewartet, der ihr geklammerte, die lästige Maske abzuwerfen. Sie richtete sich hoch auf, und indem sie den flammenden Blick der anderen ansehete, ohne auch nur mit den Lippen zu zucken, erwiderte sie in stolzer Tone: „Ich will glauben, Miß Moragghan, daß Sie in Ihrer eifer-süchtigen Eitelkeit nicht mehr wissen, was Sie sprechen, und ich

will Ihnen darum die Antwort nicht geben, die Ihnen gebührt. Aber ich werde auf der Stelle meinem Manne alles erzählen und es ihm überlassen, mir Gemugthuung für diesen Schimpf zu verschaffen.“

Sie wandte ihre den Rücken, und Daisy konnte nicht zweifeln, daß sie ihre letzte Drohung zur Ausführung bringen würde. Aber da sie unter allen Umständen verhindern mußte, daß auch Kehoe zum Mitwisser ihres beschämenden Geheimnisses wurde, so blieb ihr nichts anderes übrig, als der Verhafteten obendrein gute Worte zu geben und sich ihres Schweigens zu versichern, indem sie sie bat, ihr zu verzeihen.

Und Frau Kehoe war zu gern bereit, die Beleidigung zu verzeihen. Fürchtete sie doch selbst, mit ihrem Manne über die Sache zu sprechen.

Daisy verabschiedete sich darauf rasch und eilte wie eine Verfolgte den heißen Waldweg hinab, um sich wenige Minuten später, als sie sicher war, daß die andere sie nicht mehr sehen konnte, zwischen den Bäumen niederzuwerfen und in ein leidenschaftliches, verzweifeltes Schluchzen der Scham und des Hornes auszubrechen.

Auch Anna hatte ihre Schritte beschleunigt, denn sie verging fast vor banger Ungeduld, zu erfahren, was sich inzwischen in ihrem Hause zugetragen haben mochte. Da war es ihr, als vernähme sie in der Nähe das Geräusch von Stämmen, und bei schärferem Aufhören erkannte sie, daß ihr Ohr sie nicht betrogen hatte. Es klang aus dem Hohlwege herauf, der nach Tamaqua führte, und sie brauchte sich nur wenige Schritte seitwärts zu wenden, um von der Höhe einen Blick auf diesen Weg hinabzuwerfen.

(Fortsetzung folgt.)